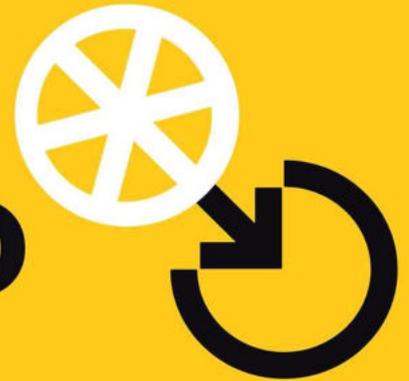


www.klimaentscheid-mainz.de

MAINZZero



PresseSpiegel

SEPTEMBER 2021

KOMMENTAR



Lebenswert

Michael Erfurth
zur neuen Dezernentin

michael.erfurth@vrm.de

Ein gutes Bus- und Bahnangebot sowie attraktive Rahmenbedingungen für Radfahrer und Fußgänger sollte Zielsetzung aller Städte sein. Nicht nur, um so den Klimawandel etwas abzu-bremsen. Auch um die Städte für die Menschen, die hier wohnen, arbeiten oder einkaufen gehen, lebenswert zu halten. Zu einer attraktiven Stadt gehört eine Innenstadt, die zum Shoppen und zum Besuch von Kulturangeboten, Restaurants und Cafés einlädt. Dies wollen vor allem die Menschen, die weitere Strecken zurücklegen müssen, oft mit dem Auto tun. Sei es, weil es keine vernünftigen Alternativen gibt (oder geben kann), um bequem und schnell ins Stadtzentrum zu kommen. Oder weil die Menschen den Pkw dem ÖPNV vorziehen. Das ist legitim, eine Umerziehung wird nicht gelingen. Das wäre ohnehin der falsche Weg. Zudem gibt es für diese Kunden Alternativen in kleineren Städten oder Einkaufszentren auf der Grünen Wiese, die mit günstigen oder kostenlosen Parkplätzen locken. Mainz ist eine attraktive Einkaufsstadt – und soll es auch bleiben. Dazu gehört eine kluge, abwägende Verkehrspolitik, die den Blickwinkel vom Fahrradsattel nicht zum alleinigen Maßstab des Handels macht. Ob die neue Verkehrs- und Umweltdezernentin Janina Steinkrüger dies umsetzen kann und will, muss sich jetzt zeigen.

Gefragt ist eine kluge, abwägende Verkehrspolitik

gen, bestätigte damit die Aussagen des 28-jährigen Wohnungsinhabers, der dies schon gegenüber unserer Zeitung geäußert hatte. Rund 100 Bewohner mussten evakuiert werden, neun erlitten leichte Rauchgasvergiftungen. Gegen den 28-jährigen wird ein Verfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung geführt.

BLAULICHT

Vergessenes Essen war Brandursache

MAINZ (ber). Nach dem Wohnungsbrand am frühen Donnerstagmorgen im früheren MAG-Hotel in der Mainzer Oberstadt, steht die Ursache fest: Eine Mahlzeit auf dem Herd, die überhitzt, sich entzündete und dann in der betroffenen Wohnung ausbreitete. Das erklärte die Kripo nach Abschluss ihrer Untersuchun-

gen, bestätigte damit die Aussagen des 28-jährigen Wohnungsinhabers, der dies schon gegenüber unserer Zeitung geäußert hatte. Rund 100 Bewohner mussten evakuiert werden, neun erlitten leichte Rauchgasvergiftungen. Gegen den 28-jährigen wird ein Verfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung geführt.

AUF EINEN BLICK

Inzidenz steigt auf 117

MAINZ (pal). Der Anstieg der Sieben-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner setzt sich in Mainz unvermindert fort. Am Freitag meldete das Landesuntersuchungsamt im Vergleich zum Vortag 47 bestätigte Corona-Neuinfektionen sowie eine von 108 auf 117 angestiegene Inzidenz. Vor vier Tagen hatte der Wert noch bei 74 gelegen. In der Gruppe der unter-20-Jährigen stieg die Inzidenz auf 268. Bei den 20-bis-59-Jährigen blieb sie konstant bei 109 und bei den über-60-Jährigen stieg sie auf 28. Weitere Todesfälle im Zusam-

menhang mit Corona-Infektionen wurden nicht registriert. Die Gesamtzahl liegt weiter bei 211. Auf den Intensivstationen der Mainzer Kliniken werden derzeit laut DIVI-Intensivregister sieben Covid-19-Patienten behandelt, von denen sechs beatmet werden müssen.

Für den Kreis Mainz-Bingen meldete das Landesuntersuchungsamt derweil 34 bestätigte Neuinfektionen sowie eine Inzidenz von 105. Weitere Todesfälle wurden auch hier nicht registriert. Die Gesamtzahl liegt weiter bei 222.

Die Corona-Pandemie ist natürlich eine ganz besondere Situation, bei der man kurzfristig handeln muss. Ich ziele natürlich auf eine langfristige und nachhaltige Verkehrsplanung ab. Ich bin der Überzeugung, dass auch der Einzelhandel profitiert, wenn sich Menschen länger in der Innenstadt aufhalten. Wir haben ein gutes Angebot an Parkhäusern, da ist bei der Auslastung noch Luft nach oben. Es gibt Städte, in denen es nur noch Lieferverkehr in den Innenstädten gibt. Dort kann sich der Einzelhandel nicht über mangelnden Umsatz beklagen.

MOGUNTINUS

Kleine Geste

Kennen Sie das? Da stolchert man mürrisch durch die Gegend, fühlt sich bestenfalls mittelmäßig gelaunt, obwohl doch die Sonne scheint, die Vögel zwitschern und objektiv gesehen alles gut ist (oder doch viel schlechter sein könnte...); und man achtet auf Kleinigkeiten, die Wasser auf die Mühlen der schlechten Laune sein könnten – „da hat wieder jemand die Vorfahrt nicht beachtet, wieder diese Ampel, die frecherweise auf Rot springt, immer, wenn ich komme, so viel Pech kann man doch gar nicht haben, siehstewiederkeinPlatzmehrfreiinderAußengastronomiemannohmann...“ – und dann steht man da, beim Spaziergang auf dem Feldweg, guckt schon ganz grimmig, weil ein Traktor dreist daher kommt, dem man bestimmt wieder ausweichen... und siehe da: Der nette Landwirt am Steuer lächelt verschmitzt, lüftet gentlemanlike den staubigen Hut und bedankt sich, dass man einen Schritt zur Seite gemacht hat. Wie schön.

„Müssen den Straßenraum verändern“

Verkehrs- und Umweltdezernentin Janina Steinkrüger zu Mobilitätswende, Radverkehr und Plänen für mehr Grün

MAINZ. Am 1. September hat Janina Steinkrüger ihr Amt als Verkehrs- und Umweltdezernentin angetreten. Wir haben mit der Grünen-Politikerin, die bisher als Referentin im Frankfurter Umweltdezernat tätig war, über ihre Pläne für die Stadt gesprochen.

Frau Steinkrüger, sind Sie schon mal mit dem Auto durch die Stadt gefahren?

Ich besitze kein Auto, bin daher noch nicht durch Mainz gefahren, auch nicht als Beifahrerin. Mit dem Fahrrad und als Fußgängerin war ich allerdings schon unterwegs.

INTERVIEW

Was sind Ihre ersten Eindrücke vom Verkehr in Mainz?

Was mir als Frankfurterin aufgefallen ist: Es wird in Mainz rücksichtsvoller Auto gefahren. Durch die Tempo-30-Regelungen fühlt man sich auch als Radfahrer:in sicherer. Wenn man sich nicht so gut auskennt vor Ort, ist es allerdings eine Herausforderung, legal gemäß der StVO zeitnah mit dem Rad ans Ziel zu kommen.

Wie stellen Sie sich eine Verkehrswende für die Stadt vor?

Eine Verkehrswende hin zur nachhaltigen Mobilität, zur klimafreundlichen Mobilität. Im besten Falle keine Verbrennungsmotoren mehr. Das fängt an beim ÖPNV, der strom- und alternativbetrieben sein sollte, geht weiter mit der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs hin zu einer autoarmen Innenstadt. Mainz bietet sich dafür an, da vieles fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar ist.

Der Einzelhandel lebt stark von Kunden, die aus dem Umland mit dem Pkw in die Innenstadt kommen. Viele Einzelhändler, die zuletzt unter der Corona-Krise gelitten haben, sehen es daher mit Skepsis, wenn der Autoverkehr in der City weiter eingeschränkt werden sollte, zum Beispiel durch die Reduzierung von Parkplätzen...

Die Corona-Pandemie ist natürlich eine ganz besondere Situation, bei der man kurzfristig handeln muss. Ich ziele natürlich auf eine langfristige und nachhaltige Verkehrsplanung ab. Ich bin der Überzeugung, dass auch der Einzelhandel profitiert, wenn sich Menschen länger in der Innenstadt aufhalten. Wir haben ein gutes Angebot an Parkhäusern, da ist bei der Auslastung noch Luft nach oben. Es gibt Städte, in denen es nur noch Lieferverkehr in den Innenstädten gibt. Dort kann sich der Einzelhandel nicht über mangelnden Umsatz beklagen.

Aber wir haben in Mainz doch die Situation, dass wir eine sehr große Fußgängerzone haben und es nur noch wenige Erschließungsstraßen gibt. Sie sehen dennoch Luft, den Autoverkehr zu reduzieren?

Ja, das betrifft zum Beispiel den Durchgangsverkehr. Weniger Autoverkehr ist gesünder, leiser, es ist der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität. Wenn wir weniger Autoverkehr in der Innenstadt haben wollen, müssen wir den Straßenraum verändern.

Seit Jahren schwebt die Forderung im Raum, mit P+R-Parkplätzen am Stadtrand die Innenstadt etwas zu entlasten. Geschehen ist nichts...

Park-and-Ride-Anlagen sind wichtig. Studien beweisen aber, dass P+R-Plätze genau



Der Weg zur Klimaneutralität werde eine große Rolle spielen in ihrer Amtszeit, sagt die neue Verkehrs- und Umweltdezernentin Janina Steinkrüger. Foto: Harald Kaster

dann an Attraktivität gewinnen, wenn sie nah am Wohnort sind. Wer bereits 30 Kilometer im Auto gefahren ist, wird kaum die letzten zwei Kilometer mit dem ÖPNV zurücklegen. Man müsste im Umland schauen, dass in Orten, wo es eine gute Schienenanbindung gibt, P+R-Plätze eingerichtet werden. Das ist allerdings selten im Interesse dieser Kommunen. Vor dieser Schwierigkeit steht Mainz.

Wie bewerten Sie die von Ihrer Amtsvorgängerin Katrin Eder eingeführten Tempo-30-Regelungen?

Tempo 30 ist bundesweit, europaweit in der Diskussion – selbst Paris führt eine Tempo 30-Zone ein. Es ist ein Gewinn für die Kommunen als Beitrag zur Verkehrssicherheit, zur Luftreinhaltung und zur Lärminderung.

Haben Sie konkrete Ideen, wie der ÖPNV attraktiver gestaltet werden kann?

Der weitere Straßenbahnausbau kommt in die Machbarkeitsprüfungen. Das ist ein dicker Baustein. Ich weiß, dass es schon seit Jahren die Überlegungen gibt, Straßenbahnlinien auch über die Stadtgrenzen hinaus zu erweitern. Gerade für junge Leute und für Schichtarbeitende wäre ein Angebot rund um die Uhr von Bedeutung.

Die ÖPNV-Preise in Mainz sind hoch. Sehen Sie Möglichkeiten für eine attraktivere Fahrpreisgestaltung? In Hessen zum Beispiel gibt es das 365-Euro-Ticket für Schüler...

Die Tarifpolitik im ÖPNV gehört zu den Punkten, die ich mir noch näher erschließen muss. Wichtig ist, dass das Tarifsysteem vereinfacht wird. Es muss auf alle Fälle günstiger werden. Doch das geht nicht ohne eine Bezuschussung. Ich würde es begrüßen, wenn es das 365-Euro-Ticket geben würde. Nicht nur für Mainz, sondern für das gesamte Bundesland und über Ländergrenzen hinweg.

Ihre Amtsvorgängerin geriet in die Kritik, da die Stadt Veränderungen umgesetzt hat, ohne mit den betroffenen Bürgern darüber zu reden. Beispiele sind die Einführung von Tempo 30 in Gonsenheim oder die Umwandlung der von Kleingärtnern genutzten Parkplätze am Xaverius-

weg in Fahrradstreifen. Glauben Sie, dass die Verwaltung solche Maßnahmen einfach ohne Rücksprache durchdrücken soll?

Beteiligung ist sicherlich wichtig. Dazu gehört das Einbeziehen von AnwohnerInnen, Betroffenen, aber auch von NutzerInnen. Aber im Verkehrsbereich werde ich es nicht allen recht machen können. Irgendwann muss dann eine Entscheidung getroffen werden.

Katrin Eder hat als Grüne Politikerin das Verkehrsdezernat geleitet und trotzdem gibt es viel Kritik am Radweggesetz. Wie schätzen Sie den Zustand ein?

Im Radwegbereich hat sich in den letzten zehn Jahren bei damals geringem Personal und schmalem Etat sehr viel getan. Das sind zugleich oft sehr langwierige Prozesse, die auf Widerstände stoßen. Es gibt aber auch noch viel zu tun.

Wie sehen Sie die Diskussion um die Schutzstreifen? Häufig wird ein von der Straße getrennter Radweg gefordert.

Dann bräuchten wir aber 16 Meter breite Straßen, dann wäre allen gedient. Das ist in Mainz aber zumeist nicht der Fall. Ich bin dafür, die zu Fuß Gehenden in den Mittelpunkt der Planung zu stellen. Das sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen. Wenn es keine Alternative gibt, gehört der/die Radfahrer:in auf die Straße, dann bleibt eben nur die Lösung über Piktogramme oder Schutzstreifen. Aber dann braucht es begleitend auch eine Tempo-Redu-

zierung für die Autos. Die maximale Lösung wären reine Fahrradstraßen, aber da sind die Möglichkeiten in einer verdichteten Innenstadt begrenzt.

Unter Ihrer Vorgängerin wurde erst vor kurzer Zeit beschlossen, ein Radnetz entwerfen zu lassen. Wie sieht ihr Ansatz aus?

Ich kann mir vorstellen, dass die Situation vor zehn Jahren nicht optimal war. Zwischenzeitlich wurde aber Vieles angeschoben. Wenn man dann schnell eine Verbesserung schaffen will, ist es effektiver, wenn man direkt an die Stellen rangeht, wo es brennt. Da gibt es bestimmt noch einige. Ein Konzept kann Planungen aber auch sehr stark verzögern. Ich denke, sinnvoll ist eine Kombination aus beiden Aspekten. Ich werde immer an die Stellen rangehen, wo Handlungsbedarf besteht, das Konzept darf das nicht ausbremsen.

Sie haben in der Stadtratsrede mehr Grün im öffentlichen Raum gefordert. Was stellen Sie sich darunter vor?

Die Mainzer Innenstadt ist sehr verdichtet und sehr stark versiegelt. Der Klimawandel bedeutet, dass wir mehr Hitzetage kriegen, mehr tropische Nächte und mehr Starkregenereignisse erleben werden. Dem können wir nur begegnen, wenn wir die Stadt dem Klimawandel anpassen. Wo kann Regenwasser versickern? Wo kann ein besseres Mikroklima geschaffen werden? Die Möglichkeiten sind allerdings begrenzt. Einfach zu sagen, wir pflanzen mehr Bäume, das

funktioniert nicht, da sich im Boden oft Leitungen, eine Tiefgarage oder in Mainz römische Artefakte befinden. Dach- oder Fassadenbegrünung sind Alternativen. Ich glaube, man muss einfach gucken, wo was geht, wobei der größte Teil der Stadt nicht der Stadt gehört. Mit der Mainzer Stiftung für Klimaschutz und Energieeffizienz haben wir ein Förderprogramm aufgelegt, mit dem Privatleute ermutigt werden, ihre Fassaden oder Dächer zu begrünen.

Was könnte in Mainz sonst getan werden, um dem Klimawandel zu begegnen?

Der Energieverbrauch ist ein zentraler Punkt. Die Stadtverwaltung versucht, bis 2035 klimaneutral zu sein. Dazu wäre eine 50-prozentige Energieeinsparung erforderlich, das fängt bei Gebäudestandards und Bebauungsplänen an, das ist eine Gesamtaufgabe. Wir müssen vor allem auch die Unternehmen und die Menschen, die hier leben, mitnehmen auf den Weg zur Klimaneutralität. Ich sehe es auch als meine Aufgabe, immer darauf hinzuweisen, dass wir an einem Zeitpunkt angekommen sind, an dem jeder einen Beitrag leisten sollte, damit wir das Ziel Klimaneutralität erreichen.

Gibt es beim Fluglärm noch eine Chance für eine Entlastung?

Die einfachste Entlastung von Fluglärm ist weniger Flugverkehr. Ich finde es gut und nachvollziehbar, dass Leute protestieren. Man muss aber auch an alle appellieren, das eigene Flugverhalten zu überdenken. Ich werde den Mainzer Kurs fortführen, der seit Langem das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr fordert. Das birgt eine realistische Chance, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Wo wird man Ihre Handschrift als erstes sehen?

Inhaltlich werden sich meine Tätigkeiten zunächst nicht sehr von meiner Vorgängerin unterscheiden. Was jetzt eine größere Rolle spielen wird als bisher, ist die Frage des Klimawandels und wie man es als Kommune schafft, klimaneutral zu werden.

► KOMMENTAR

Das Interview führten Michael Erfurth und Paul Lassay.



Tempo 30 sieht Steinkrüger als Gewinn für die Städte. Foto: Görlach

Klimaschutz: ja, aber keine finanziellen und personellen Ressourcen?! Offener Brief an Ministerpräsidentin Malu Dreyer fordert Klimaschutzgesetz

Mainz, 16. September 2021. „Die neue Landesregierung will zwar Vorreiter beim Klimaschutz sein, auf kommunaler Ebene ist die finanzielle und personelle Situation in puncto Klimaschutz jedoch verheerend“, so Hans-Georg Frischkorn von der Bürgerinitiative MainzZero, die sich für mehr Klimaschutz in der Stadt Mainz einsetzt.

In einem offenen Brief wendet sich die Bürgerinitiative MainzZero zusammen mit zahlreichen weiteren Verbänden aus Rheinland-Pfalz an Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzministerin Doris Ahnen, Umweltministerin Anne Spiegel sowie Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt. „Die furchtbaren Überschwemmungen in diesem Sommer in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und Hitzewellen im Mittelmeer zeigen, dass die Erderwärmung schreckliche Realität geworden ist. Die Folgen der Klimakrise sind nicht mehr zu übersehen. Deshalb ist jetzt tatkräftiges Handeln auf allen Ebenen erforderlich, um für unser Dasein und lebenswerte Bedingungen für unsere Kinder und Enkelkinder zu sorgen“, schreiben die Unterzeichner. Diese Daseinsvorsorge ist in all ihren Facetten Aufgabe der Kommunen.

Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz sind bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen – aber oft fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen, um die notwendigen Schritte in der Energie- und Wärmeversorgung, bei der Sanierung von Gebäuden sowie bei der Verkehrswende (für den Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur) und der Klimabildung, -beratung und -information schnell und konsequent zu gehen. Ein Investitionsschub ist erforderlich, und der Abbau von Verwaltungsstellen muss in diesem Bereich zurückgedreht werden. Denn es fehlt vielen Kommunen an Personal. Es gibt lobenswert viele Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene, aber sie zielen ins Leere, wenn auf kommunaler Ebene Personal und Eigenmittel fehlen, diese Programme abzurufen und zu nutzen.

Voraussetzung für ein erfolgreiches und konsequentes Umsetzen von Maßnahmen ist es deshalb, die kommunale Ebene finanziell so auszustatten, dass Städte und Gemeinden ihre Planungs- und Entscheidungshoheit auch tatsächlich wahrnehmen können. Geradezu kontraproduktiv wirken Meldungen, dass Initiativen von finanzschwachen Kommunen zur Klimaanpassung oder Mobilitätswende von der Landesbehörde ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) untersagt werden, weil es sich um freiwillige Leistungen handle. So wurde z.B. das in der Koalitionsvereinbarung beschriebene Ziel, den Radverkehr zu stärken, bereits unterwandert, weil Kommunen kein Personal für die Radverkehrsplanung einstellen durften.

- 2/



Bündnispartner

- 2 -

Bundesverfassungsgericht bekräftigt grundsätzliche Schutzpflichten des Staates

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 24. März 2021 hat die grundrechtlichen Schutzpflichten vor den Gefahren des Klimawandels und das von Deutschland unterschriebene Pariser Klimaschutzabkommen bekräftigt. Dies bedeutet: Art. 20 a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz und zielt auf die Herstellung von Klimaneutralität mit einem Fokus auf entsprechende Maßnahmen **vor 2030 ab**“, betonen MainzZero und die Unterzeichner des offenen Briefes.

Der Weltklimarat IPCC warnt im ersten Teil seines neuen Sachstandsberichts vor einer deutlich rascheren globalen Erwärmung als bislang angenommen. So heißt es, dass sich die Erde bei der derzeitigen Entwicklung bereits gegen 2030 um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmen wird - und damit zehn Jahre früher als noch 2018 prognostiziert. „Wir alle – die Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem Sie als politische Entscheidungsträger*innen – haben es in den nächsten, entscheidenden Jahren in der Hand, das Ruder entschlossen und vor allem aktiv herumzureißen“, mahnt MainzZero. „Wie viel sinnvoller wäre es, das Geld in Zukunft - statt zur Schadensbeseitigung - proaktiv in konsequenten und innovativen Klimaschutz und damit in die Vermeidung der weiteren langfristigen Erderwärmung zu investieren,“ so der Vorschlag von Hans-Georg Frischkorn.

Die teilweise schon auf kommunaler Ebene erarbeiteten und festgelegten Klimaleitziele erhielten dann auch innerhalb der Stadtverwaltungen die notwendige Rückendeckung für deren Umsetzung. „Den Zielen müssen jetzt endlich Taten folgen, bevor es zu spät zum Handeln ist!“, so die Unterzeichner und abschließend: „Das ist unserer Überzeugung nach ein überfälliges und notwendiges Signal für die Bedeutung, die Klimaschutz in Rheinland-Pfalz sicher auch für Sie als Vorsorge für nachfolgende Generationen hat! Dies hat auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als klare Aufgabe an die Politik formuliert.“

Institutionen, Firmen und Privatpersonen können sich gerne diesem Apell anschließen und den Offenen Brief auch im Nachgang unterzeichnen. Interessiert? Mail an kontakt@klimaentscheid-mainz.de.

Klimaentscheid Mainz: Wer wir sind

„MainzZero - Klimaentscheid Mainz“ ist ein Zusammenschluss von Bürger*innen, der aus der For Future-Bewegung hervorgegangen ist. MainzZero versteht sich als überparteiliche Initiative im Bündnis mit weiteren Vereinen, Verbänden und Initiativen aus Mainz. Unterstützt durch GermanZero organisiert MainzZero ein Bürgerbegehren und hat 13.500 Unterschriften gesammelt, damit sich das Stadtparlament mit der Frage beschäftigt, ob und mit welchen Maßnahmen die Stadt Mainz bis 2030 klimaneutral werden kann.

Pressekontakt:

MainzZero - Klimaentscheid Mainz

Pressesprecher: Michael Lengersdorff

E-Mail: presse@klimaentscheid-mainz.de

Web: www.klimaentscheid-mainz.de



Bündnispartner



21. September 2021

Pressemitteilung: Stadt Mainz bewertet angestrebtes Bürgerbegehren zum „Klimaentscheid Mainz“ nach intensiver Prüfung als unzulässig

(rap) Die Verwaltung der Landeshauptstadt Mainz hat das am 7. Juni 2021 an Oberbürgermeister Michael Ebling überreichte Bürgerbegehren „Klimaentscheid Mainz“ eingehend rechtlich und tatsächlich geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass das vorgelegte Begehren aufgrund der Nichterfüllung der Voraussetzungen des §17a der Gemeindeordnung (GemO) als unzulässig abzulehnen ist.

Es wurde zwar eine ausreichende Anzahl an Unterschriften vorgelegt und das Quorum der notwendigen Unterschriften (derzeit 8.116) wurde erreicht.

Allerdings setzt ein Bürgerbegehren auch immer eine oder mehrere konkrete Fragen zu einer entscheidenden Gemeindeangelegenheit voraus, die im Falle eines Bürgerentscheides mit „Ja“ oder „Nein“ - also einer konkreten Sachentscheidung - zu beantworten ist. Im vorliegenden

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Fall ist dies gerade nicht der Fall, da die vorgelegten Fragen nicht hinreichend bestimmt formuliert sind und letztlich erst unter Zuhilfenahme der Begründung konkretisiert werden. Die anerkannte Aufklärungsfunktion der Begründung entbindet nicht von der Verpflichtung, die später zu Abstimmung zu stellende Frage selbst hinreichend bestimmt zu formulieren.

Ein Beschluss durch einen Bürgerentscheid, so die Verwaltung, bedingt weiterhin, dass sich dessen Gegenstand als so konkret darstellt, dass er nicht eine „Bindung ins Blaue hinein“ bewirkt, etwa weil Vorgaben für eine Vielzahl künftiger, in ihrer jeweils maßgeblichen Fallgestaltung nicht überschaubare Angelegenheiten gemacht werden. Genau darauf aber stellt die eingereichte Formulierung des Bürgerentscheids ab. Auch daher widerspricht sie formal den Anforderungen des § 17a GemO.

Darüber hinaus ist das Bürgerbegehren unzulässig, da es zeitlich verfristet ist. Die GemO sieht vor, dass ein Bürgerbegehren, welches sich gegen den Beschluss eines Gemeinderates richtet, binnen vier Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein muss. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Das Begehren richtet sich nämlich gegen einen Votum des Stadtrates vom 25. September 2019, in dem die Feststellung des Klimanotstandes mehrheitlich beschlossen wurde.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Da dem Bürgerbegehren die dort beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichend sind, zielt es letztlich auf eine Abänderung bzw. Verschärfung dieses Klimanotstandsbeschlusses aus dem Jahr 2019 ab und stellt somit ein sog. „kassatorisches Bürgerbegehren“ dar. Derartige Bürgerbegehren müssen jedoch innerhalb von vier Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein, was hier nicht der Fall war. Damit ist das Begehren verfristet, was den Vertrauenspersonen auch bereits zu Beginn des Jahres 2021 schriftlich durch die Verwaltung mitgeteilt wurde.

Die Sichtweise der Verwaltung in Bezug auf die Unzulässigkeit des Begehrens hat Herr Oberbürgermeister Michael Ebling der Initiative „Mainz Zero“, bereits schriftlich übermittelt.

Der Oberbürgermeister: „Letztlich wird der Mainzer Stadtrat am 29.09.2021 nach Anhörung der das Bürgerbegehren vertretenden Personen als demokratisch gewähltes Gremium der Landeshauptstadt Mainz über das weitere Vorgehen mit diesem Begehren abschließend entscheiden.“

22.09.2021 | 07:49 UHR

Keine Entscheid zur Klimaneutralität 2030

Stadt bewertet Bürgerbegehren als unzulässig!

Die Stadt Mainz bewertet das Bürgerbegehren der Initiative „MainzZero“ von Anfang Juni 2021 zum „Klimaentscheid Mainz“ als unzulässig. Laut Stadt seien nicht alle Voraussetzungen erfüllt. Die Initiative wollte mit dem Bürgerbegehren erreichen, dass die Stadt bis 2030 klimaneutral wird. Zwar wurde das Quorum, also die Zahl der notwendigen Unterschriften (derzeit 8.116) erreicht, allerdings setzt ein Bürgerbegehren auch immer eine oder mehrere konkrete Fragen zu einer entscheidenden Gemeindeangelegenheit voraus, die im Falle eines Bürgerentscheides mit „Ja“ oder „Nein“ - also einer konkreten Sachentscheidung - zu beantworten ist. Die vorgelegten Fragen seien nicht hinreichend bestimmt formuliert und letztlich erst unter Zuhilfenahme der Begründung konkretisiert. Darüber hinaus ist das Bürgerbegehren unzulässig, da es zeitlich verfristet ist. Die GemO sieht vor, dass ein Bürgerbegehren, welches sich gegen den Beschluss eines Gemeinderates richtet, binnen vier Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein muss. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Das Begehren richtet sich nämlich gegen ein Votum des Stadtrates vom 25. September 2019, in dem die Feststellung des Klimanotstandes mehrheitlich beschlossen wurde. Den Aktivisten gingen die dort beschlossenen Maßnahmen nicht weit genug. Oberbürgermeister Michael Ebling hat „MainzZero“ die Begründung bereits schriftlich mitgeteilt.

„Klimaentscheid“ unzulässig

Verwaltung lehnt Bürgerbegehren ab / Anhörung von „Mainz Zero“ im Stadtrat am 29. September

MAINZ (def). Das Bürgerbegehren „Klimaentscheid Mainz“ der Initiative „Mainz Zero“ ist von der Stadt als unzulässig abgelehnt worden. Das teilte die Verwaltung am Dienstag mit. Laut einer Pressemitteilung wurde das Begehren, das am 7. Juni dem Oberbürgermeister überreicht worden war, eingehend geprüft.

Zwar sei eine ausreichende Anzahl an Unterschriften vorgelegt worden, allerdings setze ein Bürgerbegehren auch immer „eine oder mehrere konkrete Fragen zu einer entscheidenden Gemeindeangelegenheit voraus, die im Falle eines Bürgerentscheides mit Ja oder Nein zu beantworten sind. Im vorliegenden Fall ist dies nicht der Fall, da die vorgelegten Fragen nicht hinreichend bestimmt formuliert sind und letztlich erst unter Zuhilfenahme der Begründung konkretisiert werden.“ Ein Beschluss durch einen Bürgerentscheid bedinge weiterhin, dass sich dessen Gegenstand als so konkret darstellt, dass er nicht eine „Bindung ins Blaue hinein“ bewirkt, etwa weil Vorgaben für eine Vielzahl künftiger, in ihrer jeweils maßgeblichen Fallgestaltung nicht überschaubare Ange-

legenheiten gemacht werden.

Die Gemeindeordnung sehe außerdem vor, dass ein Bürgerbegehren, welches sich gegen den Beschluss eines Rates richtet, binnen vier Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein muss. Dies sei hier nicht gegeben, das Begehren richte sich gegen ein Votum des Stadtrates vom 25. September 2019, in dem die Feststellung des Klimanotstandes mehrheitlich beschlossen wurde. Es ziele also auf eine Verschärfung dieses Beschlusses ab und stelle damit ein „kassatorisches Bürgerbegehren“ dar. Die Frist für das Begehren ist damit abgelaufen, was den Vertrauenspersonen auch bereits zu Beginn dieses Jahres schriftlich durch die Verwaltung mitgeteilt wurde (diese Zeitung berichtete).

Die Sichtweise der Verwaltung hat OB Michael Ebling (SPD) der Initiative bereits schriftlich übermittelt. „Letztlich wird der Stadtrat in seiner Sitzung am 29. September nach Anhörung der das Bürgerbegehren vertretenden Personen über das weitere Vorgehen mit diesem Begehren abschließend entscheiden“, sagte er.

AUF EINEN BLICK

Programm der Bistumsakademie

MAINZ (cip). Das Jahresprogramm der Bistumsakademie Erbacher Hof hat das Motto „Zuversicht aus dem Glauben in bedrängter Zeit“; auf 90 Seiten werden über 100 Veranstaltungen bis Juli 2022 aufgelistet. Dazu gehören u.a. „das Abendlob im Advent“ sowie

kunsthistorische Angebote, Exkursionen, Konzerte und Vorträge. Zudem werden Kurse angeboten, um das Alte Testament in Originalsprache zu lesen. Offizieller Programm-Start ist am Dienstag, 28. September, 18 Uhr. Online-Infos unter <http://www.ebh-mainz.de/>.

Server neben Schornsteinen

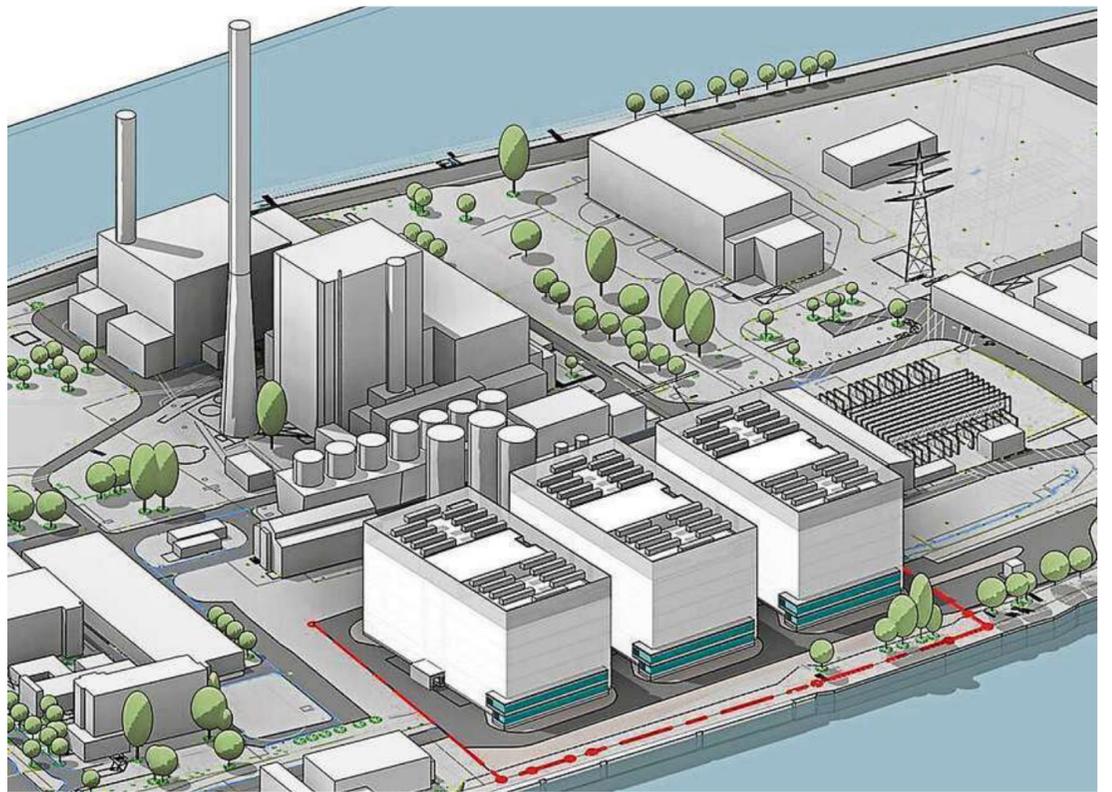
Die KMW plant auf der Ingelheimer Aue den Bau eines großen Rechenzentrums

Von Paul Lassay

MAINZ. Große Tanklager, Speicher und Silos, Umspannwerke und Chemiebetriebe – die Nachbarschaft der noch unbebauten Fläche auf der Ingelheimer Aue in unmittelbarer Nähe zum Rhein ist geprägt von klassischer Industrie und Gewerbe. Schornsteine und Lastwagen bestimmen das Bild, das jedoch bald eine ganz neue Komponente erhalten könnte, wenn die drei großen Gebäude-Blöcke tatsächlich gebaut werden, für die der Bauausschuss nun die Bauvoranfrage abgesegnet hat. Was dort angeliefert, aufbewahrt und verarbeitet werden soll, kommt nämlich nicht mit dem Schiff oder dem Lkw, sondern lautlos durch Glasfaserleitungen, wird verarbeitet und weiter verschickt.

Vorgesehen sind drei Gebäude

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) prüft den Bau von drei Rechenzentren auf dem Areal, das zum Betriebsgelände des Unternehmens gehört, erklärt Liane Zell. Die drei Gebäude sollen jeweils eine Grundfläche von 80 mal 43 Metern aufweisen und fast 42 Meter hoch sein, wie aus der Bauvoranfrage hervorgeht. Man wolle die Rechenzentrumsgebäude für das „Datacenter Mainz-Wiesbaden“ selbst errichten, aber nicht selbst betreiben, so KMW-Sprecherin Zell. Hierfür suche man derzeit nach einem Partner, der das entsprechende Knowhow mitbringe. „Die Gespräche laufen bereits“, erklärt Zell, sobald wie möglich wolle man mit dem Bau beginnen.



Die drei baugleichen Gebäude sollen einen nutzbaren „Whitespace“ von 18 000 Quadratmetern enthalten.

Grafik: KMW

Mit der Errichtung eines Rechenzentrums würde die KMW Neuland betreten. Zur Entstehung der Idee hätten mehrere Faktoren beigetragen, so die Sprecherin. Zum einen steige der Bedarf an Rechenzentren immer weiter an. In Frankfurt, wo die größten Rechenzentren stehen, werde es langsam eng, und in Mainz befinde man sich in der Nähe des wichtigen Internetknotens De-Cix in der Main-Metropole. Zum anderen habe die KMW auf dem Gelände den Vorteil,

dass man die Energieerzeugung direkt vor Ort als Notstromersatzanlage nutzen könne und deshalb auf Dieselaggregate verzichten könne. „Dadurch entstehen keine zusätzlichen Abgas- und Lärmemissionen und es ist keine Lagerung von Dieseltreibstoff erforderlich. Die Anbindung erfolgt an das Hochspannungsnetz und stellt somit eine erhöhte Ausfallsicherheit der Stromversorgung dar.“ Ein weiterer Standortvorteil bestehe auf der Ingelheimer

Aue darin, dass zur Durchlaufkühlung des Rechenzentrums Rheinwasser genutzt werden solle, um den Energieaufwand zur Kälteerzeugung zu reduzieren, erklärt Zell. „Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Nutzung anfallender Wärme über die Wärmerückgewinnung in das Netz der Mainzer Fernwärme.“ Dies führe dazu, dass das Datacenter umweltfreundlich betrieben werden könne. Insgesamt solle der sogenannte „Whitespace“ des Re-

chenzentrums, also der Bereich, in dem unter anderem Server, Switches und Datenspeicherung untergebracht werden, eine Größe von rund 18 000 Quadratmetern haben sowie eine Gesamtleistung von 54 Megawatt. Mit dieser Größe würde das Datacenter Mainz-Wiesbaden nach einigen noch größeren Pendanten in Frankfurt, die teilweise die dreifache Fläche aufweisen, zu den fünf bis sechs größten Rechenzentren in Deutschland gehören.

genug in der Musik	spaßen	ehem. dt. Fußballprofi (Uwe)	Stadtkern von Paris	be-wiesen	Schmierstoff	Studienbeihilfengesetz (Abk.)
Heil- und Gewürzpflanze			Deck-schicht			
dünnes Blättchen	Gestalt bei Wilhelm Busch	deutscher Name Attilas		Tanz in der Reihe	Alleinlebender	sumerische Königsstadt
elektr. geladenes Teilchen		flacher Wandpfeiler	Polizei-dienststelle		alte frz. 5-Centimes-Münze	
Thriller (Kw.)	Spürsinn (ugs.)	bleiben-der Eindruck				Rheinmündungs-arm
			elektr. Informations-einheit		lateinisch: damit	Initialen der Curie
Fremdwortteil: Italien		Kurzform von Elisabeth	ärztliche Instrumente	Sumpfg-ras zum Flechten	Laubbaum	
lustiger Unflug	Ost-europäerin			süd-deutsch: Haus-flur		Auflösung des letzten Rätsels
sichere Grundlage			Teil der Bibel (Abk.)	englisch: oder		
erklären	elektronischer Fühler					

DP-VRM-1213-0375

VRM 2021 09 22 10 DEKE PRESS

Wer strampelt, der stempelt

Bretzenheimer Gewerbetreibende unterstützen Bonusaktion für Einkäufe mit dem Fahrrad

Von Annalena Dörner

BRETZENHEIM. Unter dem Motto „Fest im Sattel“ hat am Samstag das erste Bretzenheimer Fahrradfest stattgefunden. Organisiert wurde es von der Initiative „Nachhaltiges Bretzenheim“. Unterstützung kam von weiteren Organisationen, wie dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Mainz-Bingen oder dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Beide waren mit eigenen Ständen auf dem Fest vertreten.

Im vergangenen Jahr machte die Initiative beim „Park(ing) Day“ mit. Dafür waren fünf Parkplätze in der Rathausstraße gesperrt und in einen kleinen Park verwandelt worden. „Das gab allerdings Gegenwind“, sagt Andrea Oppacher-Friedrich. Stattdessen wandelte die Initiative in diesem Jahr für das erste Bretzenheimer Fahrradfest unter dem Motto „Fest im Sattel“ den Kundenparkplatz der Mainzer Volksbank in der Wilhelmstraße in ein Paradies für Fahrradfahrer um.

„Wir wollen uns dieses Jahr nicht auf den Parkplatz fokussieren“, sagt Oppacher-Friedrich. Stattdessen solle das Fahrrad als alternatives Fortbewegungsmittel im Mittelpunkt stehen. „Wir wollen zeigen, dass man nicht mit dem Auto nach Bretzenheim fahren muss.“ Die Initiative konnte die Gewerbetreibenden des Stadtteils für eine gemeinsame Aktion gewinnen. Zunächst bis Oktober sind in den Geschäften sogenannte Fahrradstempelkarten erhältlich. Wer nachweisbar mit dem Fahrrad zum Einkauf ge-



Beim ersten Bretzenheimer Fahrradfest auf dem Kundenparkplatz der Mainzer Volksbank sorgte ein sogenanntes Tallbike für Aufsehen.

Foto: hbz/Stefan Sämmer

kommen ist, erhält einen Stempel. Bei zehn Stempeln erhalten fleißige Radfahrer eine Kleinigkeit, beispielsweise einen Kaffee nach Haus. Die Aktion ist zunächst befristet bis Ende des Jahres.

Der frühere Ebersheimer Ortsvorsteher Matthias Gill (Grüne) kommt zum Fahrradfest mit seinem selbstgebauten „Tallbike“ angedadelt. Diese Variante des Hochrads sorgt mit einer Sattelhöhe von etwa 1,70 Meter auf dem Fest für Aufsehen. „Ich habe so ein Rad in einem Film beim Fahrradfilmfest gesehen und beschlossen: So was will ich auch haben“, sagt er. Es sei genauso zu fahren wie ein normales Fahrrad. „Aber das Gefühl ist anders.“ Mit dem einen Fuß steigt er auf einen Korb, der unten angebracht ist. Den anderen Fuß stellt er dort ab, wo bei einem normalen Fahrrad der

Gepäckträger ist. Zum Schluss nimmt er Schwung, zieht sich hoch, und sitzt fest im Sattel. Gill bietet an, das Fahrrad Probe zu fahren. Einige wenige trauen sich. Weiter hinten auf dem Parkplatz werden Probefahrten mit Lastenrädern angeboten – mit und ohne elektrischen Antrieb.

Währenddessen dürfen Kinder ein altes Fahrrad ohne Sattel nach Lust und Laune kunterbunt bemalen und bekleben. Am späten Nachmittag stellen Dirk Vielmeyer vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) und Simon Thomas vom ADFC den Mainzer Mapathon vor. Die Idee des Mainzer Radfahrforums für durchgehend befahrbare und sichere Radwege sorgt für Begeisterung. Würden die Pläne Realität, könnten Radfahrer von Bretzenheim aus in Richtung Budenheim, Lauben-

heim, Mombach, Stackeden-Elshelm, Nieder-Olm, Drais, Lerchenberg, Weisenau und in die Altstadt fahren. „Über ein halbes Jahr hinweg ist sehr viel Arbeit in das Projekt geflossen“, sagt Thomas. Er fordert, dass sich nun etwas tun müsse.

Die neue Mainzer Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne), seit knapp drei Wochen offiziell im Amt, bremst jedoch die Erwartungen. „Wir können nicht 70 Jahre fehlgeleitete Verkehrsplanung sofort rückgängig machen“, sagt sie. Bretzenheim sei wegen seiner engen Straßen nicht für starken Autoverkehr ausgelegt. Vom Fahrradfest nahm sie Anregungen für ihre künftige Arbeit mit. Ortsvorsteherin Claudia Siebner (CDU) betonte, dass die Mobilität der Zukunft ein Thema sei, „dass uns die nächsten zehn Jahre weiter beschäftigen wird“.

HÄGARS ABENTEUER





NACH STADT-STATEMENT

Klima-Zoff um Bürgerbegehren: Das sagt „MainzZero“

Die Stadt stuft das Bürgerbegehren zum Klimaentscheid der Initiative „MainzZero“ als unzulässig ein. Die Initiatoren selbst halten das für fragwürdig.



— Von **Michelle Sensel** - veröffentlicht am 22.09.2021 14:47

Mit „Erstaunen und Verwunderung“ reagieren die Initiatoren von „MainzZero“ darauf, dass die Stadt ihr Bürgerbegehren zum Klimaentscheid als [unzulässig einstuft](#). In einer Mitteilung nimmt die Bürgerbewegung Stellung zum Statement der Stadt.

„Wir bedauern sehr, dass sich Oberbürgermeister Michael Ebling erneut auf formale und juristische Gründe zurückzieht, statt in die inhaltliche Diskussion einzusteigen“, heißt es von der Bürgerinitiative. Die Einschätzung, das Bürgerbegehren sei unzulässig, teilen die Mitglieder auch nach Prüfung des Rechtsamts nicht.

Rechtliche Bewertung der Stadt sei fragwürdig

Die Stadt hatte in ihrer Mitteilung am Dienstag unter anderem erklärt, dass die Fragen für das Bürgerbegehren „nicht hinreichend bestimmt formuliert“ und somit nicht klar mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten seien. MainzZero sieht das anders: „Mehr als 13.000 Bürger*innen von Mainz hatten keine Probleme, die Frage des Bürgerbegehrens eindeutig zu verstehen und mit ihrer Unterschrift mit JA oder - ohne zu unterschreiben - mit NEIN klar zu beantworten“, erklärt Hans-Georg Frischkorn von der Initiative. „Insofern halten wir die rechtliche Würdigung der Stadt in diesem Punkt zumindest für sehr fragwürdig.“

Des Weiteren führte die Stadt an, dass das Begehren verfristet sei. Die Gemeindeordnung sehe vor, dass ein Bürgerbegehren, das sich gegen den Beschluss eines Gemeinderates richtet, binnen vier Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein müsse. Das Begehren richte sich gegen ein Votum des Stadtrates vom 25. September 2019, in dem die Feststellung des Klimanotstandes mehrheitlich beschlossen wurde. Auch das kann MainzZero nicht nachvollziehen, denn „die Beschlüsse der Stadt und Antrag von MainzZero

widersprechen sich nicht“, heißt es in der Mitteilung. Die Frist würde außerdem mit der Stadtratsentscheidung vom 10. Februar 2021 neu beginnen.

MainzZero will eigene Sicht im Stadtrat darstellen

MainzZero hofft jetzt auf inhaltliche Diskussionen. Es wäre sehr bedauerlich, so die Initiatoren, wenn mit der rein rechtlichen Einschätzung keine inhaltliche Diskussion zu den notwendigen Klimaschutzmaßnahmen in der nächsten Stadtratssitzung stattfinden würde. Die Stadt könne zum Beispiel auch durch einen entsprechenden Antrag einen Ratsentscheid anstoßen. „Die Notwendigkeit einer sofortigen Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist doch überdeutlich und darf nicht mit formaljuristischen Argumenten, wie stichhaltig sie denn überhaupt sein mögen, ausgebremst werden“, betont Frischkorn. „Der Stadtrat hat es jetzt in der Hand, sich hinter das Bürgerbegehren zu stellen und mutig für konsequenten Klimaschutz einzusetzen.“

Die eigene Sicht der Dinge wolle man im Stadtrat darstellen und versuchen, die Fraktionen zu überzeugen, den Antrag der Stadt entsprechend abzuändern. „Selbst wenn uns das nicht gelingt, können wir immer noch gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen. Davon unabhängig werden wir mit vollem Engagement daran weiterarbeiten, dass Mainz sich ambitioniertere Ziele im Klimaschutz setzt und schneller, konsequenter und umfassender handelt.“

**Der Stadtrat hat es jetzt in der Hand sich hinter das Bürgerbegehren zu stellen und für mehr Klimaschutz einzusetzen
 ‚MainzZero‘ widerspricht der Ablehnung durch die Stadt Mainz**

Mainz, 22. September 2021. Mit Erstaunen und Verwunderung haben die Initiator*innen von ‚MainzZero – Klimaentscheid Mainz‘ die Bewertung der Stadt Mainz in einem Schreiben an MainzZero sowie die Pressemitteilung der Stadt vom 21. September zur Kenntnis genommen. "Wir bedauern sehr, dass sich Oberbürgermeister Michael Ebling erneut auf formale und juristische Gründe zurückzieht statt in die inhaltliche Diskussion einzusteigen", so die einhellige Meinung in der Bürgerinitiative. Zumal die Initiator*innen dem Oberbürgermeister bereits im Dezember 2020 mitgeteilt hatten, dass sie seine Auffassung zur Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens nicht teilen. Und dies auch nach Prüfung der Einschätzung durch das Rechtsamt der Stadt weiterhin vertreten.

Angesichts der einschneidenden Ereignisse seit dem Start des Bürgerbegehrens (Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Bericht des Weltklimarates IPCC und Flutkatastrophe) ist es für MainzZero nur schwer erträglich, dass immer noch nicht schneller, konsequenter und mit umfassenderen Maßnahmen gehandelt werde. „Die Notwendigkeit einer sofortigen Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist doch überdeutlich und darf nicht mit formaljuristischen Argumenten, wie stichhaltig sie denn überhaupt sein mögen, ausgebremst werden“, betont Frischkorn. Dafür wird MainzZero weiter mit seiner ganzen Energie und dem Rückhalt durch die mehr als 13.500 geleisteten Unterschriften aus dem Bürgerbegehren arbeiten.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn mit dieser rein rechtlichen Bewertung keine inhaltliche Diskussion über die notwendige Intensivierung der Klimaschutzmaßnahmen in der nächsten Stadtratssitzung stattfinden soll, sondern ausschließlich eine formalrechtliche Entscheidung angestrebt werde. Frischkorn: „Das wird unserer Überzeugung nach der Bedeutung schnellen Handels im Klimaschutz, das alle Parteien im Bundestags-Wahlkampf versprochen haben, überhaupt nicht gerecht!“

Deshalb sehen die Initiatoren des Bürgerbegehrens für die Stadt Mainz keine Ansätze, auch nur annähernd ihren Beitrag zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu leisten. Denn keine der elf Forderungen aus dem Bürgerbegehren von MainzZero wurde bisher zur Diskussion gestellt, um zumindest einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen.. Und darüber hinaus hätte die Stadt durch entsprechenden Beschluss des Stadtrates die Möglichkeit - analog zur Entscheidung beim Bibelturm 2018 - durch einen entsprechenden Antrag einen Ratsentscheid – unabhängig von der rechtlichen Bewertung – anzustoßen. „Der Stadtrat hat es jetzt in der Hand, sich hinter das Bürgerbegehren zu stellen und mutig für konsequenten Klimaschutz einzusetzen“ so Hans-Georg Frischkorn.

- 2/



Bündnispartner



Rechtliche Bewertung der Stadt fragwürdig

Die Stadt moniert in ihrem Schreiben, dass in „ein Bürgerbegehren auch immer eine oder mehrere konkrete Fragen zu einer entscheidenden Gemeindeangelegenheit voraus(setzt), die im Falle eines Bürgerentscheides mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ - also einer konkreten Sachentscheidung - zu beantworten ist. Im vorliegenden Fall ist dies gerade nicht der Fall, da die vorgelegten Fragen nicht hinreichend bestimmt formuliert sind und letztlich erst unter Zuhilfenahme der Begründung konkretisiert werden.“ Dazu Hans-Georg Frischkorn: „Mehr als 13.000 Bürger*innen von Mainz hatten keine Probleme, die Frage des Bürgerbegehrens eindeutig zu verstehen und mit Ihrer Unterschrift mit JA oder - ohne zu unterschreiben - mit NEIN klar zu beantworten. Insofern halten wir die rechtliche Würdigung der Stadt in diesem Punkt zumindest für sehr fragwürdig.“ Doch viel wichtiger ist den Initiatoren „der breite Rückhalt in der Bevölkerung für unser Bürgerbegehren, der uns sehr gefreut hat und klar zeigt, dass das Thema Klimaschutz mittlerweile für große Teile der Gesellschaft ein wichtiges Anliegen ist“, betont Frischkorn.

Auch der andere Grund, den die Stadt anführt, leuchtet den Initiatoren des Klimaentscheids nicht ein, denn die Beschlüsse der Stadt und Antrag von MainzZero widersprechen sich nicht. Aus diesem Grund sei das Bürgerbegehren keineswegs kassatorisch. „Und selbst wenn es dies wäre, würde die Frist mit der erneuten Stadtratsentscheidung vom 10. Februar 2021 neu beginnen. Kurz gesagt: wir teilen die rechtliche Bewertung der Stadt nicht“, so Frischkorn abschließend zur rechtlichen Bewertung.

Inhaltliche Diskussion im Stadtrat notwendig

Eine inhaltliche Debatte im Stadtrat ist für MainzZero zwingend notwendig. „Deshalb werden wir unsere Sicht der Dinge im Stadtrat darstellen und versuchen, die Fraktionen zu überzeugen den Antrag der Stadt entsprechend abzuändern“ so Frischkorn und weiter: „Selbst wenn uns das nicht gelingt, können wir immer noch gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen. Davon unabhängig werden wir mit vollem Engagement daran weiterarbeiten, dass Mainz sich ambitioniertere Ziele im Klimaschutz setzt und schneller, konsequenter und umfassender handelt.“

Klimaentscheid Mainz: Wer wir sind

„MainzZero - Klimaentscheid Mainz“ ist ein Zusammenschluss von Bürger*innen, der aus der For Future-Bewegung hervorgegangen ist. MainzZero versteht sich als überparteiliche Initiative im Bündnis mit weiteren Vereinen, Verbänden und Initiativen aus Mainz. Unterstützt durch GermanZero organisiert MainzZero ein Bürgerbegehren und hat 13.500 Unterschriften gesammelt, damit sich das Stadtparlament mit der Frage beschäftigt, ob und mit welchen Maßnahmen die Stadt Mainz bis 2030 klimaneutral werden kann.

Pressekontakt:

MainzZero - Klimaentscheid Mainz

Pressesprecher: Michael Lengersdorff

E-Mail: presse@klimaentscheid-mainz.de

Web: www.klimaentscheid-mainz.de



„Wohlgebaut nach kühnem Plan“

Richtfest im Hildegardis-Quartier mit Handwerkersegen / Architektonische Besonderheiten im „Haus Novum“

Von Eric Scherer

MAINZ. Wenn der Zimmermann in seinem Handwerkersegen zum Richtfest eines Gebäudes erklärt, dass in dem von ihm errichteten Dachstuhl „keine Wand im Lot“ sei, klingt das zunächst einmal nicht gerade nach Eigenwerbung. Doch alle anwesenden Gäste um ihn herum strahlen, darunter Baudezernentin Marianne Grosse und Daniel Köbler, Ortsvorsteher der Oberstadt.

Obendrein versichert Zimmermann Nils Rosner, dass alles „wohlgebaut nach kühnem Plan“ sei. Also müssen er und seine Mitstreiter wohl doch gute Arbeit abgeliefert haben – wengleich eine äußerst ungewöhnliche. Denn das „Haus Novum“ stellt das architektonische Highlight des neuen Wohnquartiers Hildegardis dar, in dem bis Spätsommer 2022 rund 445 Eigentums- und Mietwohnungen fertiggestellt sein sollen.

„Novum“ liegt den historischen Römersteinen zugewandt, die den Weg zwischen Unterer Zahlbacher Straße und Albert-Schweitzer-Straße säumen. Gleichzeitig erhebt es sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum historischen Hauptgebäude des ehemaligen Krankenhauses, ein Altbau, bei dessen Sanierung seine ursprüngliche Form erhalten bleibt. „Wir wollten diesen Monumenten einstiger Baukultur ein Monument neuzzeitlicher Baukultur gegenüberstellen“, erklärt Tim Gemünden, Geschäftsführer der J. Molitor Immobilien GmbH und der Karl Gemünden GmbH.

In diesem Geist entwarf Uwe Bortd vom Wiesbadener Architekturbüro BGF+ einen



Die besondere Konstruktion der oberen Stockwerke im „Haus Novum“ mit komplexen Faltungen und Schrägen stellte vor allem die Zimmerleute Alexander Mercedes, Bernd Bornheimer und Nils Rosner (v.li.) vor Herausforderungen, die aber gemeistert wurden. Zum Einsatz kam dabei hauptsächlich der Baustoff Holz.

Foto: hbz/Stefan Sämmmer

Neubau von laut Gemünden „skulptureller“ Anmutung. Insbesondere die Konstruktion der oberen beiden Stockwerke sticht hervor: Sie weist komplexe Faltungen auf, die das Gebäude einerseits gliedern, andererseits auch Formen des Altbaus aufnimmt. Und die gewaltige Herausforderung an die Bauausführung stellten. Denn der „kühne Plan“ sah in der Tat „keine Wand im Lot“ vor. „Mit gewöhnlichem Mauerwerk war das nichts zu machen“, erklärt Tim Gemünden. Drum entschied man sich für Holz. Worauf die Stunde der Ingelheimer Zimmerei Felix Harth schlug.

Allein die Planung der Bauteile nahm rund 14 Wochen in Anspruch, und jedes einzelne entstand zunächst dreidimensional digitalisiert. Die Arbeiten an der Konstruktion aus Holzteilen, Stahlträgern und Betonwänden nahm fünf Wochen in Anspruch. „Zeitweise waren wir mit sechs Mann im Einsatz“, erzählt Vorarbeiter Nils Rosner. „Gerade weil die Bauteile nicht im rechten Winkel stehen, kannst du sie ja nicht einfach mit dem Kran absetzen. Da musst du dir ein paar Tricks einfallen lassen.“

Hinzu kam, dass auch die Holzbranche gegenwärtig mit Corona-bedingten Liefer-schwierigkeiten zu kämpfen

hat. Und dass manche Bauteile trotz computergesteuerter Fräsung am Ende doch nicht hundertprozentig passten und nachgearbeitet werden mussten. Dennoch wurde der Dachstuhl am Nachmittag vorm Richtfest fertig. „Eine Punktlandung“, so Nils Rosner. Und das Resultat exakter Koordination. Für die Zeichner Projektleiter Christoph Coridaß verantwortlich. Sein Erfolgsgeheimnis? „Einfach ausreichend Puffer einplanen.“

In einem Teil der insgesamt 347 Mietwohnungen der neuen „Stadtoase“ Hildegardis werden bereits im Dezember die ersten Bewohner einzie-

hen. Interessenten können sich online unter www.hildegardis-wohnen.de informieren, ob noch was frei ist. Im „Haus Novum“ und im benachbarten „Haus Lumina“ entstehen Eigentumswohnungen. Diese sind bereits verkauft oder reserviert. Auch die drei Einheiten im Novum-Obergeschoss, die mit ihren Schrägen nicht für jedes Mobiliar geeignet sind. Mansarden-Liebhaber würden sich dennoch um sie reißen, und sich wohl auch vom Preis nicht abschrecken lassen: Für die größte, 144 Quadratmeter umschließende Wohnung sind 914.500 Euro aufgerufen.

„Mainz Zero“ widerspricht Stadt

Initiative streitet weiter für Bürgerbegehren „Klimaentscheid Mainz“ – und hofft auf Fraktionen

Von Michael Erfurth

MAINZ. Die Initiative „Mainz Zero“ widerspricht der Bewertung der Stadtverwaltung, wonach das angestrebte Bürgerbegehren „Klimaentscheid Mainz“ aus rechtlichen Gründen unzulässig sei. Die Initiative fordert mit ihrer Aktion, Mainz solle bis 2030 klimaneutral sein. Stadt und Stadtrat indes haben das Ziel formuliert, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen, was bereits als sehr ambitioniert gilt.

Wie berichtet, hat die Stadt die Zulassung des Bürgerbegehrens abgelehnt. Unter anderem, da laut Gemeindeordnung dieses mit einer Frage verbunden sein müsse, die klar mit Ja oder Nein zu beantworten sei.

Außerdem beziehe es sich auf die Verschärfung des Stadtratsbeschlusses zum Klimanotstand vom September 2019. Laut Gemeindeordnung hätte das Bürgerbegehren binnen vier Monaten nach diesem Beschluss eingereicht werden müssen, was nicht der Fall sei. Am 11. Juni 2021 hatte die Initiative dafür rund 13.300 Unterschriften an den Oberbürgermeister übergeben. Nun muss, so OB Michael Ebling (SPD), der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am Mittwoch, 29. September, über das weitere Vorgehen entscheiden. „Wir bedauern sehr, dass sich Oberbürgermeister Michael Ebling erneut auf formale und juristische Gründe zurückzieht, statt in die inhaltliche Diskussion einzusteigen“, so die Meinung der Initiative. Bereits im Dezember 2020 habe „Mainz Zero“ dem OB mitgeteilt, dass sie seine Auffassung zur Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens nicht teile. „Die Notwendigkeit einer sofortigen Transformation hin zu einer kli-

maneutralen Gesellschaft ist doch überdeutlich und darf nicht mit formaljuristischen Argumenten ausgebremst werden“, betont Hans-Georg Frischkorn von Mainz Zero. „Es wäre sehr bedauerlich, wenn mit dieser rein rechtlichen Bewertung keine inhaltliche Diskussion über die notwendige Intensivierung der Klimaschutzmaßnahmen in der nächsten Stadtratssitzung stattfinden soll, sondern ausschließlich eine formalrechtliche Entscheidung angestrebt werde.“ Der Stadtrat habe die Möglichkeit, durch einen Antrag einen Ratsentscheid unabhängig von der rechtlichen Bewertung anzustoßen – analog zur Entscheidung beim Bibelturm 2018.

Mehr als 13.000 Bürger hätten keine Probleme damit gehabt, die Frage des Bürgerbegehrens eindeutig zu verstehen und mit Ihrer Unterschrift mit Ja oder – ohne zu unterschreiben – mit Nein klar zu beantworten, so Frischkorn. „Insofern halten wir die rechtliche Würdigung der Stadt in diesem Punkt zumindest für sehr fragwürdig.“

Auch der zweite Grund, den die Stadt anführt, leuchte nicht ein, denn der Beschluss zum Klimanotstand und der Antrag von Mainz Zero würden sich nicht widersprechen. Aus diesem Grund sei das Bürgerbegehren keineswegs kassatorisch. „Und selbst wenn es dies wäre, würde die Frist mit der erneuten Stadtratsentscheidung vom 10. Februar 2021 neu beginnen.“ Damals hatte der Rat das bisherige Ziel der Klimaneutralität für Mainz bis zum Jahr 2050 auf das Jahr 2035 vorgezogen. Die Initiative will die Fraktionen davon überzeugen „den Antrag der Stadt entsprechend abzuändern“, sagt Frischkorn.

Fluss durch Grenoble	Brauch-tum	nach außen	Kapital-erträge	belgisches Heilbad	kosmetisches Haar-fett	unsere Erde	Stadt in Burgund	Vorname des Autors Follet
			Greif-vogel					
frühere soziale Gruppe		franzö-sischer Kaiser, †1821						stark, nach-drücklich
			öffent-liche Funktion			inner-asiatisches Gebirge	Insel bei Neapel	
				Schul-stadt an der Themse	vene-zianische Truhe			
Künstler-werkstatt		Gegen-wart	chemi-sches Element					
radio-aktives Edelgas	Dick-blatt-pflanzen	Mitter-nachts-messe				Probe-exemplar	Initialen von Filmstar Swayze †	
			aus tiefem Herzen		polynes. Volk in Neusee-land			
maß-regeln, rügen	Frauen-kurz-name	gefühls-mäßig, instinktiv		Kfz-K. Osna-brück				
				Flüssig-keits-maß (Abk.)	englisch, span.: mich, mir			
süd-deutsch: Haus-flur		Biene						
unzu-friede-ner Mensch								

DP-VRM-1213-0376

Streitpunkt Arbeitszeit

Rund 300 Baubeschäftigte fordern bei Demo höhere Löhne und Bezahlung oft langer Anfahrtswege

Von Alexander Schlögel

MAINZ. Es sind Parolen wie „Wir sind es wert“ oder auch „Respekt für unsere Arbeit!“, die sie hochhalten und auf der Theodor-Heuss-Brücke von Kastel aus in Richtung Mainz für Stau sorgen: Rund 300 Baubeschäftigte aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in ihrer Branche demonstriert.

Vom Bahnhof Kastel ging es über die Brücke und über Rheinstraße, Quintinstraße, Schusterstraße und Große Bleiche bis hin zum Ernst-Ludwig-Platz, wo die Kundgebung endete. Wenn man sich unter den Bauarbeitern umhört, ist es vor allem ein Problem, das sie umtreibt. „Wegezeit muss gleich Arbeitszeit sein“, sagt einer. „Wir fahren morgens in den Bauhof, steigen dann in einen Bus von der Firma, kriegen vielleicht noch gesagt, wo wir hinmüssen, und sitzen dann noch eine Stunde im Bus, bis wir auf der Baustelle sind. Das ist verlorene Lebenszeit.“

Um fünf Uhr morgens werde in Biebesheim losgefahren, erzählt ein anderer, „dann werden die anderen in den Dörfern aufgesammelt, und ab sieben, wenn man auf den Baustellen zum Beispiel in Frankfurt oder Mannheim ankommt, zählt erst die Arbeitszeit“. Auch das Verladen von Arbeitsmaterialien werde nicht angerechnet – „das sind täglich zwei bis drei unbezahlte Stunden“. Dietmar W. (55) sagt, er wohne in Kassel und müsse aktuell täglich auf



Demonstrierende Bauarbeiter auf der Theodor-Heuss-Brücke. Viele arbeitsbezogene Tätigkeiten würden nicht berechnet, so der Hauptkritikpunkt.

Foto: hbz/Stefan Sämmmer

eine Baustelle nach Eschwege. Die Heimfahrt am Wochenende zur Familie müsse dann selbst getragen werden. Er findet, sie hätten „in der Corona-Zeit weiter malochen müssen und eine

„Wir fahren morgens in den Bauhof, steigen dann in einen Bus von der Firma, kriegen vielleicht noch gesagt, wo wir hinmüssen, und sitzen dann noch eine Stunde im Bus, bis wir auf der Baustelle sind. Das ist verlorene Lebenszeit.“

Demonstrierender Bauarbeiter

Lohnerhöhung mehr als Eschwege. Die Inflationsrate steigt, alles wird teurer, man muss nur an die Tankstelle fahren. Dann weiß man, was wir im Moment für einen Kostendruck haben.“

Ein anderer Bauarbeiter erzählt, er komme aus Frankfurt/Oder und arbeite nun an der Salzachtalbrücke. Für die Zeit der Arbeiten sei er in Schlangenbad untergebracht. „Weil die Firma nicht mehr als 30, 35 Euro ausgeben will. In der Stadt ist so die Unterkunft nicht mehr zu bezahlen, also haben wir trotzdem eine Stunde Anfahrt“, schimpft Montero G. (50). Dazu komme noch die weite Heimfahrt zu seiner Familie an die deutsche Grenze, für die er nicht einmal einen Zuschuss erhalte.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

fordert in der seit Mai laufenden Tarifrunde für ihre bundesweit 890.000 Beschäftigten ein Einkommensplus von 5,3 Prozent, eine Entschädigung der Wegezeiten zu den Baustellen („Bauarbeiter haben auf dem Weg zur Arbeit einen weitaus größeren Weg zurückzulegen als andere Beschäftigte und keinen Einfluss darauf, wo sie ist“) und eine Angleichung der Ost- an die Westlöhne, erklärt der Stellvertretende Regionalleiter IG BAU, Thomas M. Kretzen, den Medienvertretern auf dem Ernst-Ludwig-Platz. Gewerkschaft und Arbeitgeberseite sind zur mittlerweile fünften Verhandlungsrunde in Berlin zusammengelassen.

Die Gewerkschaft argumentiert in ihrer Mitteilung auch mit Zahlen, wonach das Baugewerbe in Hessen und Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr knapp 22 Milliarden Euro und damit elf Prozent mehr als im Vorjahr erwirtschaftet habe. Zudem seien zwischen 2011 und 2019 noch 73.400 „Wohneinheiten“ mehr genehmigt als fertiggestellt worden, die jetzt erst noch gebaut werden müssten. „Ich spüre auf den Baustellen sehr großen Unmut“, sagt Kretzen. „Die Bauarbeiter sind sehr ungehalten über das Verhalten der Arbeitgeber, weil bisher kein angemessenes Angebot gegeben wurde.“ Bei einem Scheitern dieser Verhandlungsrunde werde es den Versuch einer Schlichtung geben. „Sollte es auch in der Schlichtung zu keinem Ergebnis kommen, steht der Arbeitskampf vor der Tür“, so Kretzen.

HÄGARS ABENTEUER



„MainzZero“ widerspricht der Ablehnung durch die Stadt Mainz

Stadtrat hat es jetzt in der Hand sich hinter das Bürgerbegehren zu stellen und für mehr Klimaschutz einzusetzen

Mit Erstaunen und Verwunderung haben die Initiator*innen von ‚MainzZero – Klimaentscheid Mainz‘ die Bewertung der Stadt Mainz in einem Schreiben an MainzZero sowie die Pressemitteilung der Stadt vom 21. September zur Kenntnis genommen. "Wir bedauern sehr, dass sich Oberbürgermeister Michael Ebling erneut auf formale und juristische Gründe zurückzieht statt in die inhaltliche Diskussion einzusteigen", so die einhellige Meinung in der Bürgerinitiative. Zumal die Initiator*innen dem Oberbürgermeister bereits im Dezember 2020 mitgeteilt hatten, dass sie seine Auffassung zur Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens nicht teilen. Und dies auch nach Prüfung der Einschätzung durch das Rechtsamt der Stadt weiterhin vertreten.



Angesichts der einschneidenden Ereignisse seit dem Start des Bürgerbegehrens (Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Bericht des Weltklimarates IPCC und Flutkatastrophe) ist es für MainzZero nur schwer erträglich, dass immer noch nicht schneller, konsequenter und mit umfassenderen Maßnahmen gehandelt werde. „Die Notwendigkeit einer sofortigen Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist doch überdeutlich und darf nicht mit formaljuristischen Argumenten, wie

stichhaltig sie denn überhaupt sein mögen, ausgebremst werden“, betont Frischkorn. Dafür wird MainzZero weiter mit seiner ganzen Energie und dem Rückhalt durch die mehr als 13.500 geleisteten Unterschriften aus dem Bürgerbegehren arbeiten.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn mit dieser rein rechtlichen Bewertung keine inhaltliche Diskussion über die notwendige Intensivierung der Klimaschutzmaßnahmen in der nächsten Stadtratssitzung stattfinden soll, sondern ausschließlich eine formalrechtliche Entscheidung angestrebt werde. Frischkorn: „Das wird unserer Überzeugung nach der Bedeutung schnellen Handels im Klimaschutz, das alle Parteien im Bundestags-Wahlkampf versprochen haben, überhaupt nicht gerecht!“

Deshalb sehen die Initiatoren des Bürgerbegehrens für die Stadt Mainz keine Ansätze, auch nur annähernd ihren Beitrag zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu leisten. Denn keine der elf Forderungen aus dem Bürgerbegehren von MainzZero wurde bisher zur Diskussion gestellt, um zumindest einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen.. Und darüber hinaus hätte die Stadt durch entsprechenden Beschluss des Stadtrates die Möglichkeit - analog zur

Entscheidung beim Bibelturm 2018 - durch einen entsprechenden Antrag einen Ratsentscheid – unabhängig von der rechtlichen Bewertung – anzustoßen. „Der Stadtrat hat es jetzt in der Hand, sich hinter das Bürgerbegehren zu stellen und mutig für konsequenten Klimaschutz einzusetzen“ so Hans-Georg Frischkorn.

Rechtliche Bewertung der Stadt fragwürdig

Die Stadt moniert in ihrem Schreiben, dass in „ein Bürgerbegehren auch immer eine oder mehrere konkrete Fragen zu einer entscheidenden Gemeindeangelegenheit voraus(setzt), die im Falle eines Bürgerentscheides mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ - also einer konkreten Sachentscheidung - zu beantworten ist. Im vorliegenden Fall ist dies gerade nicht der Fall, da die vorgelegten Fragen nicht hinreichend bestimmt formuliert sind und letztlich erst unter Zuhilfenahme der Begründung konkretisiert werden.“ Dazu Hans-Georg Frischkorn: „Mehr als 13.000 Bürger*innen von Mainz hatten keine Probleme, die Frage des Bürgerbegehrens eindeutig zu verstehen und mit Ihrer Unterschrift mit JA oder - ohne zu unterschreiben - mit NEIN klar zu beantworten. Insofern halten wir die rechtliche Würdigung der Stadt in diesem Punkt zumindest für sehr fragwürdig.“ Doch viel wichtiger ist den Initiatoren „der breite Rückhalt in der Bevölkerung für unser Bürgerbegehren, der uns sehr gefreut hat und klar zeigt, dass das Thema Klimaschutz mittlerweile für große Teile der Gesellschaft ein wichtiges Anliegen ist“, betont Frischkorn.

Auch der andere Grund, den die Stadt anführt, leuchtet den Initiatoren des Klimaentscheids nicht ein, denn die Beschlüsse der Stadt und Antrag von MainzZero widersprechen sich nicht. Aus diesem Grund sei das Bürgerbegehren keineswegs kassatorisch. „Und selbst wenn es dies wäre, würde die Frist mit der erneuten Stadtratsentscheidung vom 10. Februar 2021 neu beginnen. Kurz gesagt: wir teilen die rechtliche Bewertung der Stadt nicht“, so Frischkorn abschließend zur rechtlichen Bewertung.

Inhaltliche Diskussion im Stadtrat notwendig

Eine inhaltliche Debatte im Stadtrat ist für MainzZero zwingend notwendig. „Deshalb werden wir unsere Sicht der Dinge im Stadtrat darstellen und versuchen, die Fraktionen zu überzeugen den Antrag der Stadt entsprechend abzuändern“ so Frischkorn und weiter: „Selbst wenn uns das nicht gelingt, können wir immer noch gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen. Davon unabhängig werden wir mit vollem Engagement daran weiterarbeiten, dass Mainz sich ambitioniertere Ziele im Klimaschutz setzt und schneller, konsequenter und umfassender handelt.“

Mainzer Stadtrat lehnt einen Klimaentscheid ab

Die Initiative „Mainz Zero“ scheitert aus formalen Gründen mit ihrem Bürgerbegehren. Dennoch versprechen fast alle Ratsfraktionen, sich für Klimaneutralität einzusetzen.



Von **Michael Erfurth**, Lokalredakteur Mainz - Mittwoch, 29.09.2021 - 19:09



Caterina Wolfangel von „Mainz Zero“ kritisiert, die Umsetzung der Maßnahmen zur Klimaneutralität dauerten zu lange. (Foto: hbz/Stefan Sämmer)

MAINZ - Die Initiative „Mainz Zero“ ist mit ihrem Vorstoß für einen „Klimaentscheid Mainz“ gescheitert. Die Stadtverwaltung hatte, wie bereits berichtet, nach einer Prüfung durch das Rechtsamt das Bürgerbegehren für rechtlich unzulässig erklärt. Dieser Bewertung schloss sich die große Mehrheit des Stadtrates bei seiner Sitzung an diesem Mittwoch an. Dennoch beteuerten fast alle Fraktionen, sie teilten das Ziel, eine Klimaneutralität in Mainz möglichst schnell zu erreichen.

Rund 13 300 Unterschriften hatte die Initiative im Juni 2021 an Oberbürgermeister Michel Ebling (SPD) übergeben mit der Forderung, der Stadtrat solle einen Bürgerentscheid befürworten. Bei dieser Entscheidung sollten die Mainzer darüber abstimmen, ob – verkürzt gesagt – die Stadt alles dafür tun soll, Mainz bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu machen. Dazu sollte die Stadt bis Ende 2021 einen konkreten Klima-Aktionsplan erstellen. 2019 hatte der Stadtrat das Ziel formuliert, Mainz solle möglichst bis 2035 klimaneutral sein und damit einen älteren Beschluss, in dem das Jahr 2050 genannt wurde, revidiert.

Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels leisten

Zwei Vertreter von „Mainz Zero“ hatten die Gelegenheit, im Rahmen einer Anhörung im Stadtrat ihre Forderungen vorzutragen. Die Stadt müsse ihren Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaabkommens leisten, sagte Caterina Wolfangel. Dazu sei schnelles Handeln nötig. Wie im Bürgerbegehren gefordert, solle ab spätestens 2022 eine jährliche CO₂-Reduzierung um mindestens zehn Prozent erfolgen. Der Stadtrat habe zwar eine ganze Reihe von guten Beschlüssen zur Klimaneutralität gefasst. Allerdings dauere die Umsetzung oft viel zu lange. „Wenn die Stadt dieses Tempo beibehält, dann dauert es bis 2072 bis zum Erreichen der Klimaneutralität.“

Allgemeine Zeitung

VERKNÜPFTE ARTIKEL

Brücke am Mainzer Winterhafen wird zur „Klimawunsch-Brücke“

Teilnahme am Mainzer „Masterplan 100% Klimaschutz“

Mainzer Stadtwerke: Grünflächen für besseres Klima

Hans-Georg Frischkorn nannte Beispiele. So sei im Ratsbeschluss zum Klimanotstand von 2019 festgelegt worden, dass die Stadt ihre Grünsatzung entsprechend novelliert, in einer Solarsatzung den Ausbau von Fotovoltaikanlagen vorantreibt und alle Beschlussvorlagen auf ihre Klimaauswirkungen überprüft. Nichts davon sei bislang umgesetzt worden, kritisierte Frischkorn.

Gespräch mit Umweltdezernentin Steinkrüger

Der „Mainz Zero“-Vertreter stellte zudem die Bewertung des Rechtsamtes infrage. „Unser Jurist bestätigt uns, dass wir gute Argumente für die rechtliche Zulässigkeit für den Klimaentscheid haben.“ Städte wie Darmstadt hätte einen Klimaentscheid zugelassen. Dass, wie von der Stadt moniert, dem Bürgerbegehren keine Frage zugrunde liege, die klar mit Ja oder Nein zu beantworten sei, sei nicht nachvollziehbar. Frischkorn betonte aber auch, dass es zwischenzeitlich mit einigen Stadtratsfraktionen konstruktive Gespräche darüber gegeben habe, wie die Klimaneutralität forciert werden könne. Auch mit der neuen Umweltdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) habe es ein Gespräch gegeben, „das hat uns sehr ermutigt.“

In der Ratssitzung lobten schließlich alle Fraktionen, außer die AfD, das große Engagement von „Mainz Zero“. „In den Zielen sind wir uns einig, wir brauchen eine klimaneutrale Stadt“, sagte Fabian Ehmann (Grüne). In der Beschlussvorlage der Verwaltung gehe es aber nicht um Inhalte, sondern um die Bewertung des Rechtsamtes. Und dieser rechtlichen Bewertung schloss sich die Grünen-Fraktion an.

Gill-Gers: Dialog bringt mehr als Bürgerentscheid

Das sah auch Alexandra Gill-Gers (SPD) so. Sie zählte eine Reihe von Maßnahmen auf, die die Stadt und ihre Stadtwerke im Rahmen des „Masterplans 100 % Klimaschutz“ umgesetzt oder auf den Weg gebracht haben. Um die Ziele schnell zu erreichen, „bedarf es aber auch einer verlässlichen Strategie zum Klimaschutz des Bundes“. Der Dialog mit der Initiative bringe mehr als ein Bürgerentscheid, meinte die SPD-Fraktionschefin. Ins gleiche Horn stieß Oppositionspolitiker Norbert Solbach (CDU). Auch er verwies auf den Ratsbeschluss zum Klimanotstand.

Martin Malcherek (Linke) indes entgegnete, die Stadtverwaltung „watscht das Engagement der Initiative ab.“ Es sei vom Rechtsamt nur nach Gründe gesucht worden, warum das Bürgerbegehren nicht zulässig sein könnte und nicht danach, was für die Zulässigkeit spreche. Auch Vertreter der ÖDP, der Fraktion Piraten & Volt und der Freien Wähler wollten den Bürgerentscheid zulassen.

OB Ebling versicherte, es gehe bei dem Beschluss nur um die rechtliche Frage. Diese sei auf Grundlage der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung getroffen worden. In anderen Bundesländern könne dies anders aussehen. Auch er setze auf den Dialog mit der Initiative.

MAINZ

Stadtrat lehnt MainzZero-Bürgerbegehren zu Klima ab

29.9.2021, 17:26 UHR

Der Mainzer Stadtrat hat ein Bürgerbegehren der Klimaschutz-Initiative MainzZero mehrheitlich abgelehnt. Nur die Fraktionen der Linke, der ÖDP und Piraten/Volt sowie der fraktionslose Freie Wähler stimmten für das Bürgerbegehren. Der Abstimmung ging eine gut halbstündige Debatte voraus, in der MainzZero noch einmal bekräftigte, dass Mainz eine schnellere Klimaneutralität brauche. Die großen Fraktionen betonten, dass das Begehren nur aus formalen Gründen abgelehnt werde. Es wurde nach Auffassung der Stadtverwaltung zu spät eingereicht. MainzZero fordert, dass die Stadt Mainz bereits 2030, also fünf Jahre früher als geplant, klimaneutral wird. Sie hatte dafür mehr als 13.000 Unterschriften gesammelt.



GENÜGEND STIMMEN FÜR INITIATIVE "MAINZZERO"?
Mainzer Bürgerbegehren zum Klimaschutz endete am Sonntag



KLIMASCHUTZ: „GermanZero“ fordert: Deutschland soll schneller klimaneutral werden

KOMMENTAR



Mehr Tempo

Michael Erfurth
zum Klimaentscheid

michael.erfurth@vrm.de

Es war früh absehbar, dass das Bürgerbegehren zum „Klimaentscheid“ auf rechtlich tönernen Füßen steht. Mit der Prüfung durch das Rechtsamt hat sich das bestätigt. Wenn nun „Mainz Zero“ Oberbürgermeister Michael Ebling unterstellt, er würde sich auf „formale und juristische Gründe“ zurückziehen, ist das schlichtweg unlauter. Das Stadtober-

Stadt muss beim Klimaschutz schneller handeln

haupt kann und darf sich nicht über geltendes Recht hinwegsetzen. Aber auch abseits dieser juristischen Einordnung geht die Forderung der Initiative, Mainz solle innerhalb der nächsten acht Jahre klimaneutral werden, an den Realitäten vorbei. Die Stadt hat noch unter Umweltdezernentin Katrin Eder, der man in dieser Frage kein mangelndes Engagement unterstellen kann, untersucht, bis wann dieses Ziel erreicht werden könnte – und der Stadtrat hat sich daher auf die Zielmarke 2035 geeinigt. Dieses Ziel gilt als höchst ambitioniert und setzt voraus, dass die Stadt umgehend alle Hebel in Bewegung setzt, um Klimaneutralität zu erreichen. Und da hat „Mainz Zero“ recht: Die Stadt lässt es am nötigen Tempo vermissen. Die Initiative sollte daher nicht locker lassen und weiter auf die schnelle Umsetzung der Maßnahmen aus dem Beschluss zum Klimanotstand drängen. Das ist auch eine Aufgabe für die neue Umweltdezernentin Janina Steinkrüger.

AUF EINEN BLICK

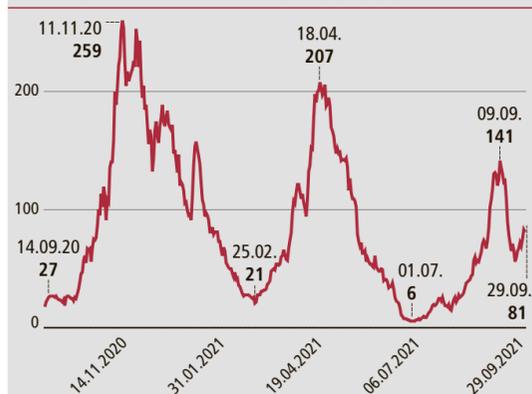
Neun Patienten auf Intensivstationen

MAINZ (pal). Die Sieben-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner ist in Mainz leicht gesunken. Am Mittwoch meldete das Landesuntersuchungsamt im Vergleich zum Vortag 32 bestätigte Neuinfektionen sowie eine von 83 auf 81 gesunkene Inzidenz. In der Gruppe der Unter-20-Jährigen stieg der Wert auf 160. Die Hospitalisierungsinzidenz pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen sank auf 2,3, während der Anteil der Covid-19-Patienten an

der Intensivbetten-Kapazität in Rheinland-Pfalz auf 4,28 stieg. Auf den Intensivstationen der Mainzer Kliniken werden aktuell nach den Zahlen des DIVI-Intensivregisters neun Covid-19-Patienten behandelt, von denen sechs beatmet werden müssen.

Für den Landkreis Mainz-Bingen meldete das Amt 29 Neuinfektionen sowie eine Inzidenz von 57. Weitere Todesfälle wurden weder in Mainz noch im Landkreis registriert.

7-TAGE-INZIDENZ PRO 100.000 IN MAINZ



Quelle: Landesuntersuchungsamt RLP

Bearbeitung: vrm/fm

MOGUNTINUS

Botaniktornado

Eine Woche nach Herbstbeginn steigt die Spannung, wann der charakteristische Saison-Brüter wieder seinen wohlvertrauten Balzruf ertönen lässt. Wenn die Bäume anfangen ihren Blattballast abzuwerfen, ist der gemeine Laubbläser aus dem Stadtgebiet nicht mehr wegzudenken. Mit seinem langen, röhrenförmigen Schnabel und dem kompakten Hinterleib ist der Laubbläser zwar flugunfähig und muss am Arm geführt werden. Dafür punktet er aber mit einem unbändigem Luftdruck, der ihm den Namen „Botaniktornado“ zu Recht eingebracht hat. Hat der Laubbläser seine Beute erspäht, seien es auch nur kleinste Blättchen, reagiert er sofort mit einem infernalischem Gezetter, ja Gebrüll, das man dem handlichen Gesellen gar nicht zugetraut hätte. Begegnen sich mehrere Laubbläser ist der Lärm schier unerträglich, und man sehnt den Winter herbei, wenn endlich wieder Nestruhe herrscht.

Rat lehnt „Klimaentscheid“ ab

„Mainz Zero“ scheitert aus formalen Gründen mit Bürgerbegehren / Fraktionen loben aber Engagement

Von Michael Erfurth

MAINZ. Die Initiative „Mainz Zero“ ist mit ihrem Vorstoß für einen „Klimaentscheid Mainz“ gescheitert. Die Stadtverwaltung hatte, wie bereits berichtet, nach einer Prüfung durch das Rechtsamt das Bürgerbegehren für rechtlich unzulässig erklärt. Dieser Bewertung schloss sich die große Mehrheit des Stadtrates bei seiner Sitzung an diesem Mittwoch an. Dennoch beteuerten fast alle Fraktionen, sie teilten das Ziel, eine Klimaneutralität in Mainz möglichst schnell zu erreichen.

Rund 13 300 Unterschriften hatte die Initiative im Juni 2021 an Oberbürgermeister Michel Ebling (SPD) übergeben mit der Forderung, der Stadtrat solle einen Bürgerentscheid befürworten. Bei diesem Entscheid sollten die Mainzer darüber abstimmen, ob – verkürzt gesagt – die Stadt alles dafür tun soll, Mainz bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu machen. Dazu sollte die Stadt bis Ende 2021 einen konkreten Klima-Aktionsplan erstellen. 2019 hatte der Stadtrat das Ziel formuliert, Mainz solle möglichst bis 2035 klimaneutral sein und damit einen älteren Beschluss, in dem das Jahr 2050 genannt wurde, revidiert.

Zwei Vertreter von „Mainz Zero“ hatten die Gelegenheit, im Rahmen einer Anhörung im Stadtrat ihre Forderungen vorzutragen. Die Stadt müsse ihren Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaabkommens leisten, sagte Caterina Wolfangel. Dazu sei schnelles Handeln nötig. Wie im Bürgerbegehren gefordert, solle ab spätestens 2022 eine jährliche CO₂-Reduzierung um mindestens zehn Prozent erfolgen. Der Stadtrat habe zwar eine ganze Reihe von guten Beschlüssen zur Klimaneutralität gefasst. Allerdings dauere die Umsetzung oft viel zu lange. „Wenn die Stadt dieses Tempo beibehält, dann dauert es bis 2072 bis zum Erreichen der Klimaneutralität.“

Hans-Georg Frischkorn nannte Beispiele. So sei im Ratsbeschluss zum Klimanotstand von 2019 festgelegt worden,



Caterina Wolfangel von „Mainz Zero“ kritisiert, die Umsetzung der Maßnahmen zur Klimaneutralität dauerten zu lange. Foto: hzb/Sämmer

dass die Stadt ihre Grünsatzung entsprechend novelliert, in einer Solarsatzung den Ausbau von Fotovoltaikanlagen vorantreibt und alle Beschlussvorlagen auf ihre Klimaauswirkungen überprüft. Nichts davon sei bislang umgesetzt worden, kritisierte Frischkorn.

Der „Mainz Zero“-Vertreter stellte zudem die Bewertung des Rechtsamtes infrage. „Unser Jurist bestätigt uns, dass wir gute Argumente für die rechtliche Zulässigkeit für den Klimaentscheid haben.“ Städte wie Darmstadt hätte einen Klimaentscheid zugelassen. Dass, wie von der Stadt moniert, dem Bürgerbegehren keine Frage zugrunde liege, die klar mit Ja oder Nein zu beantworten sei, sei nicht nachvoll-

ziehbar. Frischkorn betonte aber auch, dass es zwischenzeitlich mit einigen Stadtratsfraktionen konstruktive Gespräche darüber gegeben habe, wie die Klimaneutralität forciert werden könne. Auch mit der neuen Umweltdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) habe es ein Gespräch gegeben, „das hat uns sehr ermutigt.“

In der Ratsitzung lobten schließlich alle Fraktionen, außer die AfD, das große Engagement von „Mainz Zero“. „In den Zielen sind wir uns einig, wir brauchen eine klimaneutrale Stadt“, sagte Fabian Ehmann (Grüne). In der Beschlussvorlage der Verwaltung gehe es aber nicht um Inhalte, sondern um die Bewertung des Rechtsamtes. Und dieser recht-

lichen Bewertung schloss sich die Grünen-Fraktion an.

Das sah auch Alexandra Gillers (SPD) so. Sie zählte eine Reihe von Maßnahmen auf, die die Stadt und ihre Stadtwerke im Rahmen des „Masterplans 100 % Klimaschutz“ umgesetzt oder auf den Weg gebracht haben. Um die Ziele schnell zu erreichen, „bedarf es aber auch einer verlässlichen Strategie zum Klimaschutz des Bundes“. Der Dialog mit der Initiative bringe mehr als ein Bürgerentscheid, meinte die SPD-Fraktionschefin. In gleiche Horn stieß Oppositionspolitiker Norbert Solbach (CDU). Auch er verwies auf den Ratsbeschluss zum Klimanotstand.

Martin Malcherek (Linke) in-

des entgegnete, die Stadtverwaltung „watscht das Engagement der Initiative ab.“ Es sei vom Rechtsamt nur nach Gründe gesucht worden, warum das Bürgerbegehren nicht zulässig sein könnte und nicht danach, was für die Zulässigkeit spreche. Auch Vertreter der ÖDP, der Fraktion Piraten & Volt und der Freien Wähler wollten den Bürgerentscheid zulassen.

OB Ebling versicherte, es gehe bei dem Beschluss nur um die rechtliche Frage. Diese sei auf Grundlage der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung getroffen worden. In anderen Bundesländern könne dies anders aussehen. Auch er setze auf den Dialog mit der Initiative. **KOMMENTAR**

„Mehr Freiheit und Normalität“

OB Ebling spricht sich generell für 2G-Regel aus / Rheinufergestaltung wird zugunsten von Festen verschoben

Von Denise Frommeyer

MAINZ. Grundsätzlich könne man mit der Situation mittlerweile zufrieden sein, sagt Oberbürgermeister Michael Ebling. Dennoch trete man bei der Impfkampagne derzeit auf der Stelle. „Wir wussten, dass die letzten zehn Prozent die härtesten werden. Langsam ist man aber mit seinem Latein am Ende, wie noch mehr Menschen zum Impfen bewegt werden können. Nur noch die Möglichkeit, auf materielle Belohnungen zurückzugreifen, bleibt“, sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung. Das sei allerdings gegenüber denjenigen, die sich schon haben impfen lassen, unfair.

Vielmehr setzt der Oberbürgermeister darauf, dass sich viele Unentschlossene aufgrund der 2G/2Gplus-Regeln impfen lassen. Denn der Besuch von Restaurants, Stadien und Veranstaltungsorten könnte so als Anreiz dienen. „Mein persönlicher Favorit ist die 2G-Regel, da sie auch am einfachsten umzusetzen ist. Es ist ein Fortschritt, dass wir darüber reden. So können viele deutlich mehr Freiheit zurückbekommen und wir kommen



Michael Ebling möchte ein positives Signal an die von der Pandemie stark betroffenen Schausteller senden. Archivfoto: Harald Kaster

der Normalität näher.“ Auf der anderen Seite sei damit eine gewisse Planungssicherheit für Veranstalter und Unternehmer geboten. „Die Sorge vor einem neuen Lockdown ist mit den neuen Indikatoren unbegrün-

det“, so Ebling.

Doch kommt durch die 2G/2Gplus-Regel nicht doch eine Art Impfpflicht, wie sie Ebling noch in der Vergangenheit abgelehnt hatte? Eine Impfpflicht sei das auf keinen

Fall, so der Oberbürgermeister. „Man kann sich ja immer noch frei entscheiden. Ich verstehe auch, dass manche berechtigter Zweifel haben. Aber der einzige Weg aus der Pandemie bleibt nachzeitigem Stand das Impfen.“

Weihnachtsmarkt am liebsten ohne 2G-Bereiche

Für den Weihnachtsmarkt, der Ende November beginnen soll, erhofft sich Ebling allerdings, dass man auf die abgesperrten 2G-Bereiche, in denen sich nur geimpfte und genesene Besucher aufhalten dürfe, verzichten könne – je nachdem, was die Corona-Bekämpfungsverordnung zulasse. „Ich wünsche mir, dass wir das wie auf dem Wochenmarkt handhaben können, also alle einfache Masken tragen. Alles andere wäre viel zu kompliziert, und wir können das Jahresende etwas versöhnlicher feiern.“ Eine Entzerrung wie beim Wochenmarkt sei dabei ebenso wichtig.

Dabei spiele auch die Auslagerung einiger Stände auf den Ernst-Ludwig-Platz eine Rolle. „Natürlich wäre es schöner, wenn wir ein einheitliches Bild

hätten und dem Weihnachtsmarkt den Vortritt vor dem Wochenmarkt geben könnten. Und auch für die Besucherführung und die Touristen wäre es besser.“ Schausteller und Marktbesucher sollen hier aber nicht gegeneinander ausgespielt werden, so Ebling. „Wir müssen damit nun leben, dass der Stadtrat sich im vergangenen Jahr für die neue Marktsatzung ausgesprochen hat.“ Diese besagt, dass der Wochenmarkt im Stadtkern stattfinden muss und nicht wegen Festen oder anderer Anlässe ausgelagert werden darf.

Für die Schausteller setze die Stadt aber ein anderes, wichtiges Signal, erklärt der Oberbürgermeister. „Wir haben uns darauf verständigt, dass wir mit der Umgestaltung des Rheinufers erst im August 2022 beginnen.“ Eigentlich sollte es zu Beginn des neuen Jahres schon losgehen, doch aus Rücksicht auf die Schausteller wird dies nun verschoben. Das habe auch keinen Einfluss auf die beantragten Fördermittel, sagt Ebling. „So können Fastnacht, der Rheinland-Pfalz-Tag im Mai und sogar die Johannisnacht stattfinden – eine gute Nachricht.“

«MainzZero» will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Mainz - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative «MainzZero» auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. «Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten», sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

«Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht», sagte Sprecher Michael Lengersdorff. «Es ist bisher viel zu wenig passiert.»

Der von «MainzZero» angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

RHEINLAND-PFALZ

Donnerstag, 30. September 2021 - 14:12 Uhr

„MainzZero“ will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Mainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative «MainzZero» auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. «Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten», sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

Mainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative „MainzZero“ auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. „Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten“, sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

„Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht“, sagte Sprecher Michael Lengersdorff. „Es ist bisher viel zu wenig passiert.“

Der von „MainzZero“ angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

Süddeutsche Zeitung

30. September 2021, 13:58 Uhr

"MainzZero" will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Mainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative "MainzZero" auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. "Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten", sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte. "Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht", sagte Sprecher Michael Lengersdorff. "Es ist bisher viel zu wenig passiert."

Der von "MainzZero" angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

© dpa-infocom, dpa:210930-99-428281/2

DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2021 - [Rheinland-Pfalz & Saarland](#)

"MainzZero" will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Mainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative "MainzZero" auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. "Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten", sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

"Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht", sagte Sprecher Michael Lengersdorff. "Es ist bisher viel zu wenig passiert."

Der von "MainzZero" angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

© dpa-infocom, dpa:210930-99-428281/2

Mainzer Stadtrat will beim Klimaschutz schneller vorangehen MainzZero erwartet erste Ergebnisse bis zur nächsten Stadtratssitzung

Mainz, 30. September 2021. Bei der Sitzung des Mainzer Stadtrates am 29. September haben die Initiator*innen von ‚MainzZero – Klimaentscheid Mainz‘ die Ratsmitglieder sowie die Stadtspitze um Oberbürgermeister Ebling zu inhaltlichen Gesprächen zu den Forderungen und Zielen der Bürgerinitiative aufgefordert. Gleichzeitig riefen Caterina Wolfangel und Hans-Georg Frischkorn als Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens dazu auf, nach zahlreichen Beschlüssen in den zurückliegenden Jahren nun endlich ins Handeln zu kommen. Die im Stadtrat vertretenen Parteien betonten in ihren Antworten ihre Bereitschaft, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen. Die meisten der Redner*innen betonten in ihren Stellungnahmen die Notwendigkeit schnelleren Handelns für den Klimaschutz in Mainz. „Klimaneutralität für Mainz darf nicht zum Zankapfel zwischen den Parteien verkümmern“, betonte auch Hans-Georg Frischkorn aus Sicht von MainzZero.

Die Beschlussvorlage, das Bürgerbegehren auf Basis der juristischen Prüfung des Rechtsamtes der Stadt abzulehnen, wurde mehrheitlich angenommen. Einige Parteien folgten jedoch der Argumentation von MainzZero, das die rechtliche Situation anders bewertet. Die Bürgerinitiative MainzZero bedauert diese Ablehnung sehr und kritisiert scharf, dass sie als alternativlos dargestellt und keine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Klimakrise gesucht wurde. Im Anschluss an seine Bewertung der juristischen Aspekte zeigte der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling den Kontext und das weitere Vorgehen auf: „Im Wissen um die formale Nichtzulässigkeit treten Mitglieder des Rates in den Dialog mit der Initiative und schauen, ob wir die Ziele nicht noch besser, noch strenger formulieren können.“

Exemplarisch: Drei gute Beschlüsse – Handeln Fehlanzeige

Caterina Wolfangel führte in Ihrer Rede für MainzZero drei Eckpfeiler der städtischen Beschlüsse an, die das kritisierte Nicht-Handeln belegen: im Rahmen des Klimanotstands wurde 2019 beschlossen, den ‚Masterplan 100% Klimaschutz‘ aufgrund der neuen Klimaziele anzupassen. Im gleichen Jahr wurde die Bewertung der Klimarelevanz von Stadtvorlagen beschlossen. Die Vorlage einer Solarsatzung wurde bereits 2017 im ‚Masterplan 100% Klimaschutz‘ als kurzfristige Maßnahme bis 2020 genannt und ihre Prüfung war 2019 erneut Thema eines Stadtratsbeschlusses. Doch umgesetzt wurde sie bisher ebenso wenig wie die beiden anderen Punkte.

Wie drängend ein aktives Handeln in Mainz ist schreibt des Leipziger Instituts für Energie in seinem von der Stadt beauftragten Bericht vom Januar dieses Jahres. Es stellt fest „dass Mainz sein THG (Treibhausgas)-Reduktionsziel für 2018 nicht erreicht hat.“ Und betont weiter: „Das Ziel Klimaneutralität erfordert ein Denken in neuen Maßnahmen und sehr schnell einen Mentalitätswechsel in allen Bereichen.“

- 2/



Bündnispartner

Die Initiator*innen zeigten – wie bereits in Gesprächen mit der Stadt und den Fraktionen – praktikable Lösungsansätze auf. Caterina Wolfangel: „Viele unserer Forderungen sind kurzfristig mit geringen finanziellen Mitteln umsetzbar.“ Denn viele der geforderten Maßnahmen würden durch Förderprogramme des Bundes unterstützt, teilweise sogar bis zu 100%. Die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten brauche zwar kurzfristig Personal, entlaste jedoch langfristig den Haushalt der Stadt Mainz. Denn auch die aufzuwendenden Personalkosten werden in diesen Förderprogrammen berücksichtigt.

Die wesentlichen Forderungen lauten:

- **Klimaneutralität 2030:** sollten bis 2030 85% der Treibhausgase (THG) reduziert werden - so auch der Tenor des Berichts des Leipziger Instituts als wissenschaftliche Grundlage. Dann reicht eine finale Klimaneutralität im Jahr 2035. Dafür bedarf es jedoch jetzt klarer Reduktionsziele je Sektor für die kommenden Jahre - wie in den Forderungen von MainzZero aufgelistet.
- **Transparenz und Klarheit:** jährlicher, veröffentlichter Bericht über das Erreichen der gesteckten Ziele. Die aktuell alle fünf Jahre vorgesehene Vorlage einer THG-Bilanz für Mainz reicht nicht aus. Denn damit wird der Verwaltung und damit der ganzen Stadt die Möglichkeit genommen, aktuell und kurzfristig bei den Maßnahmen nachsteuern zu können.
- **Grünachsen statt autofrei:** in jedem Stadtteil soll eine autofreie Grünachse mit Vorbildcharakter bis 2023 entstehen. Finanzmittel der Stadt sind hierfür aufgrund der Förderung durch die KfW-Bank nicht notwendig.
- **Sanierungsprogramm der KfW 432:** analog dem Masterplan 2017 der Stadt Mainz sollte das vom Bund geförderte Programm - nach guten Erfahrungen auf dem Lerchenberg - flächendeckend für die gesamte Stadt in Anspruch genommen werden.
- **Bildung:** Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Stadtgesellschaft braucht fundierte Information und Bildung aller Mainzer*innen hin zu einem Bewusstsein, dass ein nachhaltiges Mainz die große Chance für die Stadt ist, sich nicht nur als weltoffene, sondern gleichzeitig als klimafreundliche, nachhaltige Stadt zu präsentieren.

Rechtliche Bewertung der Stadt fragwürdig

In seinem Plädoyer zur rechtlichen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens betonte Hans-Georg Frischkorn die Klarheit der zur Abstimmung stehenden Frage: „Die Vorlage der Stadt sagt klar ‚Grundsatzentscheidungen, bei denen noch Detailfragen zu klären sind, sind möglich‘. Und genau das habe MainzZero in seinem Bürgerbegehren getan: eine klare Grundsatzfrage mit einer JA/NEIN-Antwort gestellt.

Der zweite Begründungspunkt für die rechtliche Unzulässigkeit ist nach Meinung der Stadtspitze die Verfristung. Zitat aus der Beschlussvorlage: „Ein kassatorisches Bürgerbegehren richtet sich gegen einen Ratsbeschluss. Um erfolgreich zu sein, müsste das Bürgerbegehren einen bestehenden, gegenläufigen Ratsbeschluss [Anmerkung: der nicht länger als vier Monate zurückliegen darf] beseitigen.“



Das wolle die Bürgerinitiative gar nicht. „Ganz im Gegenteil und eindeutig wollen wir, dass die Stadt sich nach Kräften bemüht, dass es endlich eine Solarsatzung für Mainz gibt und alle eben bereits angesprochenen Punkte aus den eigenen Vorlagen endlich umgesetzt werden“, so Frischkorn. „Wir als MainzZero wollen, dass die Stadt schneller, konsequenter und umfassender handelt. Das steht weder im Widerspruch zum Ratsbeschluss von 2017 noch denen zum Klimanotstand im September 2019 oder vom Februar 2021.“ Damit sei das Bürgerbegehren nicht kassatorisch. Doch bleibe die Hauptfrage, warum sich die Stadt auf die rein rechtliche Seite zurückgezogen hat. Und das auch noch als alternativlos bezeichnet, obwohl Städte wie Darmstadt gezeigt haben, dass es auch anders gehen kann. Dort hat der Stadtrat keinen Bürgerentscheid durchgeführt, sondern sich stattdessen die Forderungen des Bürgerbegehrens zu Eigen gemacht.

Stadtrat muss sich in inhaltlichen Gesprächen positionieren

MainzZero ist froh, dass sich die Parteien ganz überwiegend für eine weitere Zusammenarbeit mit MainzZero ausgesprochen haben. Im Ziel seien sich alle einig, hieß es von der großen Mehrheit der Sprecher*innen der Fraktionen. Man begrüße die Initiative von MainzZero und sei bereit, an gemeinsamen Anträgen für konkrete Klimaschutzmaßnahmen für die nächste Stadtratssitzung im November zu arbeiten. Doch die von MainzZero angestrebte inhaltliche Diskussion hat in dieser Stadtratssitzung so gut wie nicht stattgefunden. "Jetzt kommt es darauf an", betont Hans-Georg Frischkorn von MainzZero, "dass in den Gesprächen auch ein konkreter Weg zu kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen gefunden wird, damit in Mainz schneller und konsequenter gehandelt wird". Das Ergebnis müsse sein, dass Mainz seinen Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels leiste und sich auch daran messen lasse.

Klimaentscheid Mainz: Wer wir sind

„MainzZero - Klimaentscheid Mainz“ ist ein Zusammenschluss von Bürger*innen, der aus der For Future-Bewegung hervorgegangen ist. MainzZero versteht sich als überparteiliche Initiative im Bündnis mit weiteren Vereinen, Verbänden und Initiativen aus Mainz. Unterstützt durch GermanZero organisiert MainzZero ein Bürgerbegehren und hat 13.500 Unterschriften gesammelt, damit sich das Stadtparlament mit der Frage beschäftigt, ob und mit welchen Maßnahmen die Stadt Mainz bis 2030 klimaneutral werden kann.

Pressekontakt:

MainzZero - Klimaentscheid Mainz

Pressesprecher: Michael Lengersdorff

E-Mail: presse@klimaentscheid-mainz.de

Web: www.klimaentscheid-mainz.de



Bündnispartner



Mainz, 30. September 2021, 14:10 Uhr

„MainzZero“ will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative „MainzZero“ auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. „Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten“, sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

Von dpa/lrs | 30. September 2021, 14:10 Uhr

„Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht“, sagte Sprecher Michael Lengersdorff. „Es ist bisher viel zu wenig passiert.“

Der von „MainzZero“ angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

© dpa-infocom, dpa:210930-99-428281/2

30. September 2021 um 13:58 Uhr

„MainzZero“ will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Mainz. Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative „MainzZero“ auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. „Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten“, sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

Von dpa

„Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht“, sagte Sprecher Michael Lengersdorff. „Es ist bisher viel zu wenig passiert.“

Der von „MainzZero“ angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

[Initiative "MainzZero"](#)

[Stadt Mainz zum Klimaschutz](#)

Mainz 30.09.2021, 14:00 Uhr | dpa

"MainzZero" will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative "MainzZero" auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. "Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten", sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

"Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht", sagte Sprecher Michael Lengersdorff. "Es ist bisher viel zu wenig passiert."

Der von "MainzZero" angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

RHEINLAND-PFALZ & SAARLAND

«MainzZero» will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

M

ainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für

Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative «MainzZero» auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. «Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten», sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte. «Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht», sagte Sprecher Michael Lengersdorff. «Es ist bisher viel zu wenig passiert.»

Der von «MainzZero» angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

© dpa-infocom, dpa:210930-99-428281/2

Initiative "MainzZero"

Stadt Mainz zum Klimaschutz

Kommunen:**"MainzZero" will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen**

30. September 2021, 13:58 Uhr - Quelle: dpa

Mainz (dpa/lrs) - Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative «MainzZero» auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. «Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten», sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

«Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht», sagte Sprecher Michael Lengersdorff. «Es ist bisher viel zu wenig passiert.»

Der von «MainzZero» angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen.

© dpa-infocom, dpa:210930-99-428281/2

Initiative "MainzZero"



DASDING Mainz ist in Mainz.

7 Std. · 🌐



Die Klimaschutzinitiative Mainzzero wollte eigentlich, dass Mainz versucht, schon bis 2030 klimaneutral zu werden, anstatt erst bis 2035. Dafür wurden mehr als 13.000 Unterschriften gesammelt und es sollte einen Bürgerentscheid über die Mainzer Klimaziele geben. Der Mainzer Stadtrat hat das jetzt aber mehrheitlich abgelehnt. Die Verwaltung sagt, das Bürgerbegehren wurde zu spät eingereicht, deshalb wird es keinen Klimaentscheid geben. Der Stadtrat will aber zusammen mit der Initiative schauen, ob an der ein oder anderen Stelle nicht doch noch mehr für eine schnellere Klimaneutralität getan werden kann. 🌱 Was findet ihr könnte Mainz tun, um schneller klimaneutral zu werden?

**WENN MAINZZERO
ÜBER 13.000 UNTERSCHRIFTEN FÜR EIN
KLIMANEUTRALES
MAINZ SAMMELT*...**



**...UND DER STADTRAT
DAS BÜRGERBEGEHREN
AUS FORMALEN
GRÜNDEN ABLEHNT.**



» DASDING

***AB 2030**



Du und 5 weitere Personen

1 Mal geteilt

Aktualisiert: 01.10.2021, 22:38

„MainzZero“ will auch ohne Bürgerentscheid weitermachen

Auch nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids für Klimaneutralität bis 2030 dringt die Initiative „MainzZero“ auf mehr Klimaschutz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. „Wir werden auf jeden Fall weiterarbeiten“, sagte am Donnerstag ein Sprecher der Initiative, nachdem der Stadtrat die juristische Prüfung des Rechtsamtes mehrheitlich bestätigt hatte.

Mainz - „Für uns ist entscheidend, dass es jetzt endlich los geht“, sagte Sprecher Michael Lengersdorff. „Es ist bisher viel zu wenig passiert.“

Der von „MainzZero“ angestrebte Bürgerentscheid wurde von der Stadt aus rechtlichen Gründen als unzulässig abgelehnt. Die Initiative hatte in der ersten Jahreshälfte mehr als 13.000 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens gesammelt. Ermutigt zeigte sich die Initiative von der Zusicherung der im Stadtrat vertretenen Parteien, die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen zu prüfen und in gemeinsame Stadtratsanträge umzusetzen. dpa